



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Lösungen in Sichtweite

Gespräch mit Kommunalminister Herrmann

Als Gast der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschusssitzung in München konnte Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle Kommunalminister Joachim Herrmann begrüßen. Dieser gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, dass die neue Bundesregierung für die Kommunen eintritt. Wie der Koalitionsvertrag zeige, sei sie an einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung interessiert.

Ein Thema, „das uns in den nächsten Wochen und Monaten sehr intensiv beschäftigen wird“, sei die Dienstrechtsreform. Sie berühre die Kommunen als Arbeitgeber unmittelbar. Mit betroffen ist hierbei laut Herrmann die Rechtsposition der kommunalen Wahlbeamten. Das Wahlbarkeitsalter für kommunale Wahlbeamte auf Zeit sei ein zu erörterndes Thema; hier müsse sich innerhalb der CSU eine klare Meinung entwickeln. Im kommenden Jahr, so der Minister, sollte dieser Prozess abgeschlossen sein, damit rechtzeitig vor den nächsten Kommunalwahlen eine klare Grundlage vorhanden ist. Dazu sei es erforderlich, auch Fragen des Nebentätigkeitsrechts sowie der Abführung rechtzeitig anzugehen. Es gehe letztlich um eine „seriöse, vernünftige Abhandlung“ des Themas.

Leistungsprinzip

Grundsätzlich sollen neben dem Leistungsprinzip die Flexibilität der Beamtinnen und Beamten gefördert und eine hohe Motivation belohnt werden. Die von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen Eckpunkte zur Dienstrechtsreform werden Grundlage für ein modernes bayerisches Dienstrecht sein. Zum 1. Januar 2011 soll dieses in Kraft treten.

In der Schlussabstimmung mit CSU und FDP befinden sich laut Herrmann wiederum Änderungen beim Kommunalwahlrecht: So sei angedacht, die Briefwahl

bedingungslos zu ermöglichen, d. h. in Zukunft soll ein Antrag ohne Begründung genügen. Komplizierter sei hier schon die Frage, wie man mit Wahlanfechtungen umgeht. Der Hintergrund: In der Vergangenheit wurden immer wieder Verstöße gegen bestimmte Formvorschriften festgestellt. Laut Herrmann kann es nicht darum gehen, bestimmte Vorschriften aufzuheben, jedoch müsse man sich mit der Tatsache auseinandersetzen, „dass jeder Formfehler, der irgendwann bei einer Aufstellung gemacht wurde, hinterher Anlass dafür sein kann, dass die ganze Wahl aufgehoben wird“.

Großes Engagement

Beim Stichwort Konjunkturpaket dankte der Minister zunächst den Kommunen für ihr großes Engagement. Man komme gut voran, auch wenn nicht alle vom Auswahlverfahren begeistert gewesen seien. Nach Herrmanns Ansicht war es richtig, Schwerpunkte bei der „energetischen Sanierung“ und der „Bildung“ zu setzen. Dem Freistaat stünden hier insgesamt knapp zwei Milliarden Euro zur Verfügung. 70 Prozent davon und somit 1,4 Milliarden Euro fließen in kommunale Investitionen in allen Regionen Bayerns.

Was die Kommunalfinanzen anbelangt, „so haben wir aufgrund des kleineren Finanzvolumens sicherlich schwierige Gespräche vor uns, ehe die FAG- (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Podium des KPV-Hauptausschusses in München (v. l.): Georg Huber, Joachim Herrmann, Stefan Rößle, Gerhard Weber und Max Böhl. Foto: DK

Gemeindetagspräsident Brandl zum 50. Geburtstag:

„Energiebündel mit starkem Rückgrat“

Für den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, ist Politik „Lebensaufgabe und Berufung“ zugleich. Dieser Aussage darf man ruhigen Gewissens Glauben schenken, sagt man doch gerade den im Sternzeichen Skorpion Geborenen nach, mit Leidenschaft, Zähigkeit und Ehrgeiz jeden Kampf aufzunehmen. Was immer der Skorpion unternimmt: er macht es entweder ganz oder gar nicht. Mit derartigen Gaben ausgestattet, könnten auch Krisen nachhaltig gemeistert werden. Wer würde dem widersprechen wollen?

Uwe Brandl, verheiratet und Vater einer zwölfjährigen Tochter, engagierte sich bereits in jungen Jahren in der Schüler Union, ehe er der Jungen Union beitrug. Der politisch Interessierte studierte an der Universität Regensburg Rechtswissenschaften und promovierte am Lehrstuhl für Zivil- und Zivilprozessrecht. Nach kurzer Anwaltstätigkeit und ohne vorher im Stadtrat praktische Erfahrung gesammelt zu haben, wurde Brandl 1993 im Alter von erst 34 Jahren zum Ersten Bürgermeister der niederbayerischen Stadt Abensberg gewählt. 2005 bestätigten ihn die Bürger bei zwei Gegenkandidaten mit 63 % der Stimmen im Amt.

Seit 1999 gehört der Vollblutpolitiker dem Präsidium des

Bayerischen Gemeindetags an. Zunächst als Vizepräsident fungierend, übernahm Brandl 2002



Dr. Uwe Brandl.

vom Starnberger Heribert Thallmair das Amt des Gemeindetagspräsidenten. 2008 wurde Brandl mit 100 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Seit 2001 ist der Niederbayer, der neben seiner Familie Sport, Literatur, Geschichte und Motorradfahren zu seinen Hobbys zählt, zudem Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Der Präsident kämpft vor allem für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum und für die Erhaltung der „Schule vor Ort“. Mit der Resolution „Schnelles Internet für ganz Bayern!“, die der Bayerische Gemeindetag an Wirtschaftsminister Martin Zeil gesandt hat, macht der kommunale Spitzenverband deutlich, dass der Freistaat die Gemeinden tatkräftiger als bislang beim Ausbau schneller Internetverbindungen unterstützen muss. Der Breitbandausbau soll endlich als Staatsaufgabe anerkannt (Fortsetzung auf Seite 4)

Familienpolitik im Koalitionsvertrag:

Zauberwort Wahlfreiheit

Pressegespräch mit Dr. Angelika Niebler und Christine Haderthauer

Der Familienpolitik kommt im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP maßgebliche Bedeutung zu. Familien sind Leistungs- und Zukunftsträger; sie sind maßgeblich für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Mit den beschlossenen Maßnahmen und Weichenstellungen sei die Koalition in wesentlichen Punkten den Vorschlägen der CSU gefolgt, erläuterte die Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer (MdL), auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in München mit der Vorsitzenden der Frauen-Union Bayern, Dr. Angelika Niebler (MdEP).

Wie die FU-Vorsitzende betonte, zeige der Koalitionsvertrag, „dass ein umfassendes familienpolitisches Paket geschnürt wurde“. Dies sei ein Erfolg und es bewiese, welchen Stellenwert die neue Bundesregierung dem Thema „Familie“ mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes beimisst. Dazu zählten folgende Entscheidungen: Erhöhung des Kindergeldes und Anpassung des Kinderfreibetrages sowie die anvisierte steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungs- und Ausbildungskosten.

Das Betreuungsgeld wertete Niebler als „hundertprozentigen Verhandlungserfolg der CSU“ und ergänzte: „Wenn wir es ernst meinen mit der Wahlfreiheit und wenn wir die Eltern ernst nehmen, dann ist das Betreuungsgeld dafür das richtige Signal. Ein Signal der Wertschätzung und der Unterstützung der Eltern. Denn es ist absurd, dass Familienmodelle gegeneinander ausgespielt werden. Rabeneltern contra Heimchen am Herd - mit diesen Spielen muss endlich Schluss sein.“

Geschlechtergerechtigkeit

In diesem Zusammenhang dürfe nicht aus den Augen verloren werden, „dass Familienpolitik zwingend auch mit Frauenpolitik verknüpft ist“, stellte die FU-Vorsitzende fest. Familien- und kinderbewusste Rahmenbedingungen in den Unternehmen seien unerlässlich. Dies betreffe sowohl die Arbeitszeitmodelle als auch eine größere Geschlechtergerechtigkeit beim Entgelt,

um den beruflichen Anreiz für beide Eltern zu erhöhen. Niebler zufolge „sind hier Anreize vonnöten, um die Bereitschaft zu mehr Flexibilität in den Unternehmen noch zu erhöhen“. Vor allem aber liege der FU das Thema „Beruflicher Wiedereinstieg“ der Frauen am Herzen.

Als bedauerlich bezeichnete es Angelika Niebler, „dass trotz des vehementen Einsatzes von Staatsministerin Haderthauer in den Verhandlungen keine Revision des neuen Unterhaltsrechts erzielt werden konnte“. Dieses (Fortsetzung auf Seite 4)



Ob Neuköllner Bezirksbürgermeister oder Mitglied des Bundesbankpräsidiums: Die Debatte um Integration und deutsche Unterschichten wird nicht gerade mit dem rhetorischen Florett ausgetragen. Der Chef der Vorzimmerperle sieht schon fast „das Ende des Kults um die political correctness“ gekommen. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Finanzkrise hemmt Breitband und Doppik	Seite 2
Seehofer zeigt sich kampfbereit	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Elektromobilität - Die intelligentere Art sich fortzubewegen	3
Kindern Orientierung geben	3
Die fetten Jahre sind vorbei	4
Heimatgefühl und Leben in Bayern	5
GZ-Fachthemen: Kommunales Bauwesen	6/7
EDV für die Kommunalverwaltung	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Seehofer zeigt sich kampfbereit

Nach dem Berliner Koalitionsvertrag beginnt in Ländern und Kommunen das große Rechnen

Die insbesondere finanziellen Auswirkungen des Berliner Koalitionsvertrages auf Bayern und seine Kommunen werden Mitte November Gegenstand einer CSU-Fraktionsklausur. An Hand der dann vorliegenden Herbststeuerschätzung von Politikern und Experten werden sich die Auswirkungen auf den Nachtragshaushalt 2010, aber auch darüber hinaus erkennen lassen.

Ministerpräsident Horst Seehofer meinte am Rande einer Landtagssitzung auf Journalistenfragen lediglich, bisher habe es die Chance für einen ausgeglichenen Etat ohne neue Schulden gegeben. Die Oppositionsfractionen sprechen bereits von einem Milliardenloch, in das auch die Kommunen zu stürzen drohten.

Poker um Finanzen

Es sei normal, dass jetzt das Pokern um die Finanzen begin-

ne, sagte Seehofer. Zu den bereits von mehreren Länderministerpräsidenten von CDU und SPD geäußerten Bedenken und Einwände wegen der vorgesehenen Steuerentlastungen für Arbeitnehmer, Familien und Wirtschaft merkte Bayerns Regierungschef lediglich an, hier zu Lande sei die Lage dank der vorsorglichen Haushaltspolitik der letzten Jahre ohne Neuverschuldung günstiger. Bayern gehöre weiter zu den Zahlern im Länderfinanzausgleich, derzeit seien

es fast 4 Milliarden Euro jährlich.

Es geht zunächst um Mindereinnahmen aus Beschlüssen der Großen Koalition und dann um die geschätzt 24 Mrd. Euro Steuerreform der neuen Bundesregierung. Das ergibt eine sofortige Belastung der Länder von etwa 2,6 Mrd. Euro sowie der Kommunen mit 1,2 Mrd. Euro. Finanzminister Georg Fahrenschon, der maßgeblich an den Berliner Koalitionsverhandlungen beteiligt war, rechnet mit -300 Mio. Euro nächstes Jahr. Zu den Auswirkungen auf die Kommunen verwies er auf die jetzt anlaufenden FAG-Verhandlungen mit deren Spitzenverbänden im Rahmen des Nachtragshaushalts 2010. Haushaltsausschussvorsitzender Georg Winter (CSU) schätzte den Einnahmeausfall des Freistaats auf 400 Mio. Euro.

Drastische Kürzungen

Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher berechnete, dass allein durch den Koalitionsvertrag in Bayern nächstes Jahr bis zu 1,5 Mrd. Euro fehlen werden. Das bedeute weniger Spielraum etwa beim Ausbau der Ganztagschulen oder in der Kinderbetreu-

ung. Entweder komme jetzt ein Sparkurs mit drastischen Kürzungen oder es gebe eine Rekordneuverschuldung.

Kommunale Sorgen

Die Vorsitzenden der Grünen-Fraktion, Margarete Bause und Sepp Daxenberger, sehen einen Haushalt mit Zähneklappern voraus, der entweder eine hohe Neuverschuldung oder eisernes Sparen bedeute. Die Grünen rechnen für 2010 mit bayerischen Mindereinnahmen von 500 Mio. Euro und 2011 mit weiteren 800 Mio. Euro. Die Kommunen seien insbesondere durch die Änderungen bzw. Senkungen bei der Unternehmensbesteuerung, bei Mehrwert-, Erbschafts- und Einkommensteuer in Mitleidenschaft gezogen. Die Grünen wollen sich im Landtag zum Sprecher der kommunalen Sorgen machen und dabei auch auf das Konnexitätprinzip pochen.

Zur CSU-internen Kritik an seiner Amtsführung versicherte Seehofer im Pressegespräch, er werde die Zeit, für die er gewählt sei, voll erfüllen. Als Ministerpräsident sei er 2008 für fünf Jahre und als CSU-Vorsitzender 2009 auf zwei Jahre gewählt worden. „Ich bin frischer und kampfesmutiger, als es mir in den letzten zwei Wochen nachgesagt wurde.“ Womöglich werde er länger im Amt bleiben als mancher Kritiker. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid sagte dazu: „Es geht darum, mit Seehofer das Zukunftsprogramm bis 2013 zu gestalten.“ **rm**

die Möglichkeit der Umstellung auf das kaufmännische Buchführen eröffnet zu haben, aber man dürfe sich angesichts des Einbruchs bei den Steuereinnahmen auch der Kommunen nicht all zuviel davon versprechen. „Wir wollen das Thema weiterentwickeln“, versprach der Minister, aber die Entscheidung werde bei der kommunalen Selbstverwaltung bleiben. **rm**

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen

Auch 2010 wird wieder in Nürnberg die Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen stattfinden. Der ursprüngliche Termin mußte jedoch verschoben werden. Der neue Termin ist nun der 19. Mai 2010. □

SPD gibt Anstoß für Untersuchungsausschuss

Das Landesbankgeschäft in Kärnten soll im Landtag öffentlich aufgeklärt werden

Der Kauf der Kärntner Bank Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die Bayerische Landesbank (BayernLB) für 1,63 Mrd. Euro im Jahr 2007 wird im Landtag einen Untersuchungsausschuss beschäftigen. Die SPD-Fraktion beantragte seine Einsetzung angesichts der nicht nur in den Oppositionsfractionen laut gewordenen Unzufriedenheit mit den Auskünften des BayernLB-Vorstandes und des Finanzministers Georg Fahrenschon als Verwaltungsratsmitglied im Landtagsplenum und in der Landesbank-Kontrollkommission.

Die Kommission war vom neu gewählten Landtag angesichts des Kapitaldefizits der Landesbank - das der Staat dann mit 10 Mrd. Euro auffing, womit er praktisch fast Alleinbesitzer wurde - Ende Oktober 2008 noch vor der Regierungsbildung eingesetzt worden. Letzte Anstöße für die SPD waren jetzt die zum Teil öffentliche 16. Kommissionssitzung und eine Landtagsdebatte. Die stellvertretende Kommissionvorsitzende Inge Aures (SPD) hatte dem Finanzminister danach einen umfangreichen Fragenkatalog zum Thema HGAA zugesandt und um „sorgfältige, vor allem öffentliche“ Beantwortung gebeten. Die Fraktion beschloss indessen sofort den Untersuchungsausschuss. Sie könnte diesen auch alleine durchsetzen. Vorsitzender Markus Rinderspacher erwartet indessen, dass sich nicht nur Grüne und Freie Wähler dem Antrag anschließen, sondern auch die FDP.

Es gab grundsätzliche Zustimmung, man will jedoch noch den

SPD-Fragenkatalog prüfen. Kontrollkommissionsmitglied Elke Hallitzky (Grüne) erklärte, die „hochgradig dubiosen Begleitumstände“ des HGAA-Kaufs, die jetzt auch Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen seien, müssten öffentlich aufgeklärt werden. Die Arbeit der grundsätzlich nicht öffentlich tagenden Kontrollkommission dürfe aber nicht in den Hintergrund geraten. Im gleichen Sinne nahm Kommissionsmitglied Bernhard Pohl (Freie Wähler) Stellung.

Aufklärung nötig

FDP-Fraktionschef Thomas Hacker beschränkte sich zunächst auf die Erklärung, „wir wollen Aufklärung und brauchen sie.“ CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid deutete an, man werde dem Antrag der SPD oder mehrerer Fraktionen zustimmen. Nach der Geschäftsordnung kann die CSU im ersten Untersuchungsausschuss diesen Landtags dann den Vorsitz übernehmen. **rm**

Finanzkrise hemmt Breitband und Doppik

Beide Projekte sollen aber weiter staatlich gefördert werden

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird in ihren noch nicht voll erkennbaren Auswirkungen auf kommunaler Ebene zwei technische Neuerungen beeinflussen und womöglich hemmen. Das ergab sich im Landtag bei der Antragsberatung zum Ausbau des Breitbandnetzes und zur Einführung des „Doppik“, also des Überganges vom kameralistischen zum kaufmännischen System der doppelten Buchführung. Beide Vorhaben sollen weiter staatlich gefördert werden, wobei dem Breitbandfunk Vorrang gegeben werden soll.

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, die Breitbandrichtlinien vom 23. Juni 2008 zur Erschließung des ländlichen Raumes neu zu formulieren. Unzureichend sei das Ange-

bot, wenn die Übertragungsgeschwindigkeit unter 20 Megabit pro Sekunde (Mbit/sec.) liege. Die staatliche Förderung müsse je nach Leistungsfähigkeit der Kommune mindestens 50% und höchstens 90% der Kosten ausmachen. Im Vergleich zu den Städten werde der ländliche Raum derzeit „mit technologischer Steinzeit“ abgefertigt. „Beschließen Sie einen Masterplan, der den Namen verdient“, forderte Anette Karl.

Einfacheres Verfahren

Ähnlich argumentierten Ludwig Hartmann (Grüne), der die freie Entscheidung der Gemeinden für die Art des Breitbandanschlusses betonte, und Alexander Muthmann (Freie Wähler). Die Staatsregierung solle sich ein Beispiel an der österreichischen Regelung nehmen. Das Vergabeverfahren müsse im Sinne der Kommunen vereinfacht werden.

Für die Regierungsfractionen bestätigten Tobias Reiß (CSU) und Thomas Dechant (FDP), dass das Breitband von strategischer Bedeutung, die Situation aber teilweise hundsmiserabel sei. Sie hatten jedoch Bedenken, dass ein 20 Mbit/sec-System zu finanzieren wäre. Zudem gebe es Probleme mit den EU-Richtlinien.

Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) verwies auf die heuer angehobenen Förderbedingungen. Der Regelzuschuss sei auf 100.000 Euro verbessert und der maximale Fördersatz von 200.000 Euro auf 500.000 Euro

angehoben worden. Bis jetzt seien 107 Förderbescheide erteilt und 7,5 Mio. Euro ausgereicht worden. 675 Gemeinden hätten Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben. Leider sei der Dialog mit der Telekom nicht immer wie gewünscht. „Wir bleiben aber im Gespräch.“ Der Gemeindegat habe indessen auf die Bitte, das Ministerium in dieser Frage zu unterstützen, brieflich geantwortet, es gebe zur Zeit Wichtigeres. Der SPD-Antrag wurde von den Regierungsfractionen gegen die Stimmen der drei Oppositionsfractionen abgelehnt.

Bericht angefordert

Einstimmig angenommen wurden hingegen ein FDP-Dringlichkeitsantrag, das Steuerungs- und Gestaltungspotenzial der Doppik zu nutzen und dem Landtag alsbald über den Stand der Dinge zu berichten. Einen Schattenhaushalt, wie in den Berliner Koalitionsverhandlungen zeitweise erwogen, würde es mit Doppik nicht geben, stellte Prof. Georg Barfuß (FDP) fest. Angelika Schorer (CSU) setzte sich für die Kosten- und Leistungsberechnung ein und forderte, auch die kommunalen Spitzenverbände einzubinden.

Hohe Einführungskosten

Inge Aures (SPD) befand die finanzielle Transparenz zwar wünschenswert aber problematisch. Christine Kamm (Grüne) verwies darauf, dass Doppik von Fachleuten angezweifelt werde, zumal die Einführungskosten sehr hoch seien. In manchen Städten seien Millionen dafür ausgegeben worden. Doppik werde die Kommunen in schweren Zeiten nicht retten.

Auch Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bremste zu hohe Erwartungen. Es sei richtig,

Der Aufbau des Digitalfunks in Bayern für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste soll bei allen Schwierigkeiten, die sich finanziell für Länder und Kommunen ergeben, bis 2013 vollzogen werden. Das hat Innenminister Joachim Herrmann nochmals bekräftigt. Die Kosten für den Aufbau des Netzes trägt vollständig der Freistaat, wer aber ab 2013 die Betriebskosten zahlt, bleibt Streitpunkt. Der Kommunalausschuss des Landtags hat die Staatsregierung zu „umgehender konstruktiver Einigung“ mit den Kommunen und Rettungsdiensten aufgefordert.

Knackpunkt war der Rücktritt von Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß (CSU) Anfang Oktober aus Protest, weil der von ihm mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelte Kompromiss im Kabinett am Veto von Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) gescheitert war. Grundsätzlich seien Betriebskosten Sache des Betreibers, sagte er. Herrmann erwirkte, den Kabinettsbeschluss für neue Verhandlungen der Partner kurzzeitig zu vertagen.

Jetzt lagen dem Kommunalausschuss vier druckfrische Dringlichkeitsanträge von Koalition und Opposition vor. SPD, Grüne und Freie Wähler forderten die Staatsregierung in differenzierten Formulierungen auf, den Weißkompromiss zu vollziehen. Die Koalitionsfractionen CSU und FDP stellten sich in einer gemeinsamen Formulierung hinter die von Herrmann angeregten neuen Verhandlungen ohne sofortige Festlegung, wer die Betriebskosten ab 2013 trägt.

Helga Schmitz-Bussinger (SPD) befand, man dürfe die Kommunen nicht länger im Ungewissen lassen. Es bestehe drin-

genden Kompromiss ausgehandelt, aber der Finanzminister habe die Aufgabe, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten. Er sei zuversichtlich, dass es zu einer Lösung komme, die auf Dauer das Miteinander von Staat, Kommunen und Rettungsdiensten sichere. Dr. Andreas Fischer (FDP) versicherte, seine Fraktion werde Druck ausüben, dass es rasch zu einer vertretbaren Lösung komme. Auf keinen Fall dürfe die Einführung des Digitalfunks verzögert werden. Damit widersprach er Ländner, der gesagt hatte, das Zusammenwirken von Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen sei auch ohne Einführung des Digitalfunks nicht versichert. Die Anträge der Opposition wurden von der Koalition abgelehnt. Den CSU/FDP-Antrag lehnten SPD, Freie Wähler und Grüne als unzureichend ab. **rm**

Einladung zur Fachtagung:

Windkraft regional

Am 8. Dezember 2009 veranstaltet die Ostwindgruppe gemeinsam mit der Hochschule Regensburg eine Fachtagung, die sich an Stadtwerke und Kommunen, Landkreise und kommunale EVUs richtet, um die Potenziale der Windkraft für eine unabhängige und klimafreundliche kommunale Energieversorgung vorzustellen. Es sollen Fachinformationen aus erster Hand geliefert und ein Forum für alle Fragen rund um die Realisierung von Windkraft in Bayern geboten werden. **Windkraft regional: Fachtagung und Ausstellungs-Pavillon am Dienstag, 8. Dezember 2009, im Kulturspeicher in Regensburg.**

Weitere Informationen unter: www.ostwind.de □

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Schmidbauer
84570 Polling
am 12.11.

Bürgermeister Josef Zisl
85625 Baiern
am 13.11.

Bürgermeister Eugen Hain
95358 Gutttenberg
am 20.11

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Rodde
92521 Schwarzenfeld
am 10.11.

Bürgermeister Hans Wojta
85276 Hettenshausen
am 13.11.

Bürgermeister Alois Böhm
92548 Schwarzbach b. Nabburg
am 15.11.

Bürgermeister Hans Beck
96178 Pommersfelden
am 17.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Lang
91327 Gößweinstein
am 21.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Kulturpreis Bayern der E.ON Bayern AG zum fünften Mal verliehen:

Auszeichnung für 40 Preisträger aus Wissenschaft und Kunst

Auf Gut Immling (Bad Endorf) verlieh das Energieunternehmen E.ON Bayern AG zum fünften Mal den „Kulturpreis Bayern der E.ON Bayern AG“. 40 Preisträger aus Wissenschaft und Kunst erhielten den mit insgesamt 170.000 Euro dotierten Preis.

Kunst, Kultur und Traditionen sind laut Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, Basis für das gesellschaftliche Leben. „Seit vielen Jahren fördern wir daher Kunst und Kultur in den bayerischen Regionen“, verwies Thomas Barth auf das Engagement des Unternehmens. Aushängeschild sei der Kulturpreis Bayern, der mit seinem regionalen Förderansatz zur kulturellen Vielfalt beitrage. Diese Vielfalt präge Bayern in besonderer Weise. Barth: „Kultur ist aber kein Selbstläufer. Sie lebt von Persönlichkeiten. Wir brauchen Menschen, die sich mit ihren Begabungen der Kunst, Kultur und Wissenschaft widmen.“ Der Kulturpreis Bayern ist laut Barth daher ein Dank und eine Würdigung für Persönlichkeiten, die Herausragendes für Kunst und Wissenschaft in Bayern leisten und geleistet haben.

Für herausragendes künstlerisches Wirken ging der Kulturpreis Bayern an sieben Künstler aus dem ganzen Freistaat: die Architekten Brückner & Brückner aus Tirschenreuth, der Bildende Künstler Peter Engel aus Regensburg, das Fränkische Theater Schloss Maßbach, die Harfenistin Evelyn Huber aus München, den Chefdirigenten der Bamberger Symphoniker Jonathan Nott, die Kinderbuchautorin und Malerin Marlene Reidel aus Landshut sowie die Musikgruppe Viva Voce. In der Kategorie Kunst ist der Kulturpreis Bayern mit jeweils 10.000 Euro dotiert. Die Laudatio auf alle sieben Preisträger hielt der Schauspieler, Regisseur, Drehbuchautor und Intendant Michael Lerchenberg.

Stolze Preisträger

Für die besten Arbeiten an den zehn bayerischen Universitäten wurden folgende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgezeichnet: Philipp Gantenberg von der Universität Augsburg, Andrea Schindler von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Marc Claudius Schrinner von der Universität Bayreuth, Oleksandr Petrynko von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Tobias Fey von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Wenjamin Rosenfeld von der Ludwig-Maximilians-Universität München, Tanja Stadler von der Technischen Universität München, Ondřej Kalina von der Universität Passau, Moritz Kerz von der Universität Regensburg und Tilmann Schober von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Ihr Preis ist jeweils mit 4.000 Euro dotiert. Überreicht

wurde die Auszeichnung von Prof. Dr. Gisela Anton, Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Jeweils 2.500 Euro gingen an die besten Diplomandinnen und Diplomanden der 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen). Für die fränkischen Fachhochschulen erhielten Ulrich Sauter (Hochschule Ansbach), Hans-Peter Brückner (Hochschule Aschaffenburg), Martin Keller (Hochschule Coburg), Martin Rädlinger (Hochschule Hof), Bettina Hubner (Hochschule Nürnberg) und Mario Göb (Hochschule Würzburg-Schweinfurt) den Kulturpreis Bayern. Die Preisträger in dieser Kategorie aus Oberbayern sind Georg Häring (Hochschule Ingolstadt), Jan Münch (Hochschule München), Bernhard Gaßner (Hochschule Rosenheim) und Monika Tremmel (Fachhochschule Weihenstephan). Für die

Hochschulstandorte in Niederbayern und der Oberpfalz ging der Kulturpreis Bayern an Simon Streit (Hochschule Amberg-Weiden), Stefan Sicklinger (Hochschule Deggendorf), Julian Amann (Hochschule Landshut) und Florian Dams (Hochschule Regensburg). Aus Schwaben wurden Marina Wolff (Hochschule Augsburg), Matthias Kuba (Hochschule Kempten) und Vorinna Mack (Hochschule Neu-Ulm) mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichnet. Laudator in dieser Kategorie war der olympische Silbermedaillengewinner Peter Schlickerrieder.

Ebenfalls mit einem Preisgeld von 2.500 Euro sind die Auszeichnungen für die besten Absolventinnen und Absolventen der fünf staatlichen Kunsthochschulen dotiert. Der Kulturpreis Bayern ging in diesem Jahr an Mamiko Takayanagi (Akademie der Bildenden Künste München), Sabrina Wulff (Hochschule für Fernsehen und Film München), Dominik Bernhard (Hochschule für Musik und

Bayerischer Musikschultag in Bad Tölz:

Kindern Orientierung geben

Weit über 2000 Besucher kamen zum diesjährigen 32. Bayerischen Musikschultag nach Bad Tölz. In verschiedenen Veranstaltungen und Konzerten mit insgesamt 500 Musikern wurde die hochwertige Bildungsarbeit der Musikschulen präsentiert. Gastgeber waren der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen, die Stadt Bad Tölz und die Sing- und Musikschule, die zugleich ihr 50-jähriges Jubiläum feierte. Stimmgewaltig ließen Kinder-, Jugend- und gemischter Erwachsenenchor sowie das Jugendkammerorchester der Tölzer Musikschule die vollbesetzte Dreifaltigkeitskirche erstahlen.

Rund 250 Gäste hatten sich wiederum zum Festakt im Tölzer Kurhaus eingefunden: Stadträte, Musikschulleiter, Lehrkräfte, Eltern-Vertreter, Staatsvertreter und Kommunalpolitiker. Josef Janker, Bürgermeister der Stadt Bad Tölz, Landrat Josef Niedermaier sowie Hanns Dorfner, Präsident des Musikschulverbandes, begrüßten die Gäste.

Welche wichtige Rolle die musikalische Bildung in der Entwicklung junger Menschen und im Leben spielt, daran ließen die Redner beim Festakt keinen Zweifel. Professor Ernst Pöppel, Hirnforscher und Humanwissenschaftlicher der Universität München, erklärte in seinem Vortrag „Ein anderer Ton“, warum Musizieren im Kinder- und Jugendalter fit fürs Leben macht. In einer Studie in Zusammenarbeit mit der Musikschule der Hofer Symphoniker verglichen Gehirnforscher Jugendliche, die seit zehn Jahren Musikunterricht haben, und solche, die kein Instrument lernen.

„Ethische Werte werden in der Frühphase eines Menschen ent-

wickelt“, betonte Pöppel. Das Gehirn sei wie ein Muskel, den man trainieren müsse. Für die Hofer Studie wurden die Jugendlichen unter anderem in Himsccannern untersucht. Die Ergebnisse: „Durch das aktive Auseinandersetzen mit Musik werden neuronale Prozesse stabilisiert.“ Im Klartext: Die Jugendlichen sind im Alltag aufmerksamer und haben ein besseres Konzentrationsvermögen. Außerdem haben die Schüler eine höhere soziale Kompetenz, weil sie besser mit Emotionen wie Freude, Trauer und Angst umgehen können. Die Studie habe belegt, „dass tatsächlich so etwas wie eine stärkere Identität gefördert wird durch intensiven Musikunterricht“, resümierte der Wissenschaftler.

Musik als Bildung

In Vertretung von Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch hob Finanzstaatssekretär Franz Pschierer die Bedeutung der Musikschulen im Freistaat hervor: „Was sie leisten, ist gar

GZ

Kolumne Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

da ich mich schon seit längerer Zeit sehr intensiv mit alternativen Fortbewegungsmöglichkeiten befasse, habe ich den diesjährigen Jahresurlaub zum Teil dazu genutzt, um mich der neuen Antriebstechnik anzunähern.

Ein Fahrradhändler aus der Nachbarschaft stellte mir auf Anfrage für einige Tage ein Elektrofahrzeug zur Verfügung, um die Alltagstauglichkeit in der Mittelgebirgslandschaft des Bayerischen Waldes und des Böhmerwaldes selbst testen zu können. Es handelte sich um ein E-Bike in der Sportausführung, das nicht nur optisch überzeugte, sondern das sich auch mit oder ohne



Motor auslöst. Je nach Gelände, Gewicht des Fahrers und der gewählten Unterstützung reicht eine Akku-Ladung bis zu 80 km. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 25 km/h, getankt wird zu Hause in der Steckdose zu einem unschlagbaren Preis von rd. 10 Cent je Ladevorgang. Laut Angaben des Herstellers kann dieser rund 800 Mal wiederholt werden, bis der Akku neu aufbereitet werden muss.

Fahren mit elektrischer Energie ist die intelligentere Art sich, ohne Lärm- und Geruchsbelästigung, ohne Abgase für die Umwelt fortzubewegen, und ist ein Megatrend der Zukunft.

Der „Nationale Entwicklungsplan Elektromobilität“ (1 Mio. E-Autos bis 2020) ist der erste wichtige Schritt dazu. Wenn auch noch der „Sprit“ über erneuerbare Energien geliefert wird, könnte man von einem innovativen Quantensprung sprechen, der in der Förderwürdigkeit nicht hoch genug anzusetzen wäre.

Ja, es gibt die Alternativen zum Verbrennungsmotor und zur Abwrackprämie bereits, wie die IAA in Frankfurt zeigte. Die Autobranche reitet auf der grünen Welle, richtet mitten in der Krise den Blick nach vorn. Hauptdarsteller sind bereits die E-Autos, auch wenn diese noch Zukunftsmusik sind.

Das ist auch ein zukunftsweisendes Thema, das die Kommunalpolitik interessieren muss. Wie wär's mit einem „Elektromini“ als Dienstwagen für Fahrten auf Kreis- und Bezirksebene und einem E-Bike für Fahrten innerhalb des Stadt-/Gemeindebereichs? Ich könnte mir das gut vorstellen!

Ihr Heinrich Lenz

Elektromobilität:

Die intelligentere Art sich fortzubewegen

ne Unterstützung hervorragend bewegen ließ und mit seinen schmalen Reifen gut auf befestigten und unbefestigten Straßen lag. Die elektrische Schubkraft war schon bei einem geringen Unterstützungsmodus deutlich spürbar und bei der Höchststufe 4 geradezu gigantisch.

Diese Fahrradtechnik ermöglicht Mobilität ohne Einschränkungen, sowohl auf dem Weg zur Arbeit als auch im Urlaub. Damit lassen sich auch Gesundheitsbeeinträchtigungen (z. B. Knie- u. Hüftgelenkoperationen) gut kompensieren. Insbesondere ältere Menschen sind von den Elektrofahrzeugen begeistert, da sie ihre Kraft damit verdoppeln können und es mit den neuen E-Motoren so gut wie keine Komplikationen gibt. Gerade unser topographisch schwieriges Gelände hat bisher viele Urlaubsgäste davon abgehalten, sich deren Schönheiten per Fahrrad zu erschließen. Dieses Kapitel könnte jetzt der Vergangenheit angehören. Das E-Bike bringt den Gast nahezu mühelos, entspannt und unerschwitzte an jedes Ausflugsziel und ver-

Theater München), Matthias Böhler (Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg) und Andreas Mildner (Hochschule für Musik Würzburg). Als Laudator stellte sich der Opernsänger und „Hausherr“ auf Gut

Immling, Ludwig Baumann, zur Verfügung.

Mit dem Sonderpreis des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist in diesem Jahr der Mu-

siker Bob Ross mit seiner Formation „Blechschaden“ ausgezeichnet worden. Dieser Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Die Laudatio hielt Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch. □

operationen und Vernetzungen seien die Musikschulen gefragte Partner, stellten die Teilnehmer fest. Quer durch Bayern gebe es seit Jahren Kooperationen mit Kindergärten und Schulen, und es würden von Jahr zu Jahr neue wie Frühreziehung, Klassenmusik oder Musical- und Theaterprojekte ins Leben gerufen.

Lokale Anpassung

Die inhaltliche Gestaltung, die Organisation der Räume und Unterrichtszeiten sowie die Finanzierung sind jeweils an die örtlichen Rahmenbedingungen geknüpft und unterschiedlich geregelt. Schulen, die mit Musikschulen kooperieren wollen, verlangen oft Patentrezepte für die Zusammenarbeit, so die Teilnehmer. „Viele Projekte werden als ‚Leuchttürme‘ in die Welt geschickt“, berichtete Tagungsleiter Peter Pfaff, Bildungsreferent beim Musikschulverband. Viele Projekte blieben Einzelaktionen ohne weitere Möglichkeit für die Kinder, sich musikalisch weiterzubilden. Deshalb sei es wichtig, einen Perspektivenwechsel zu vollziehen: „Was wollen wir Musikschulen tatsächlich? Welche Schritte sind nötig, damit wir das zukünftige Terrain der Bildungsallianzen gestalten?“, so Pfaff.

In der Diskussion wurde deutlich, dass Musikschulen als fachliche Begleiter zur Seite stehen können. Schließlich seien sie in der Lage, den Kindern und Eltern Orientierung auf dem Bildungsweg zu geben.

Es gibt verschiedene Wege, Menschen mit Musik zu erreichen.

Harald Roßberger, Leiter der Sing- und Musikschule Bad Tölz, wollte nicht nur, dass Besucher zu Veranstaltungen kommen, sondern startete die Initiative, dass auch in Kaufhäusern, Gasthäusern, Kirchen und auf öffentlichen Plätzen gespielt wird. So waren zum Abschluss der Musikschultage über 33 Konzerte in der ganzen Stadt zu hören. Allein an diesem Tag sangen und spielten Volksmusik-, Gitarren- und Jazzgruppen sowie Chöre aus dem südlichen Freistaat kostenlos für mehr als 1000 Bürger in Bad Tölz. Eindrucksvoll zeigten die jungen Musiker das, was Harald Roßberger in seiner Konzertbegleitung auf den Punkt brachte: „Musik tut gut – für den Menschen und die Gesellschaft.“ **DK**

Carl-Orff-Medaille

Anlässlich des Bayerischen Musikschultags überreichte der Musikschulverband die Carl-Orff-Medaille für besondere Verdienste um die bayerischen Musikschulen an Alfred Artmeier jun. Die Medaille ist die höchste Auszeichnung des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen. Artmeier ist seit fast 25 Jahren Redakteur beim Bayerischen Rundfunk für den Bereich Laienmusik und hat sich in besonderer Weise um die Darstellung von Musikschulen im Bayerischen Rundfunk verdient gemacht, würdigte ihn Werner Mayer, ehemaliger Geschäftsführer des Musikschulverbandes, in seiner Laudatio. **DK**

Bayerisches Forum für kommunale Unternehmen in München:

Die fetten Jahre sind vorbei

Tagung mit Städtetagsvorsitzendem Schaidinger und Kommunalminister Herrmann

Unter dem Titel „Die fetten Jahre sind vorbei - Herausforderung für Bayerns Kommunen“ veranstaltete der Bayerische Städtetag zusammen mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG in München ein Forum für kommunale Unternehmen. Dabei erhielt die Teilnehmer einen Überblick über die rechtlichen Anforderungen bei der Umsetzung kooperativer Baulandentwicklungen und zur Schaffung einer beihilfenrechtlich unbedenklichen Finanzierungsstruktur im kommunalen Konzern.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, umriss zentrale Aspekte für das Spannungsfeld zwischen Rekommunalisierung oder Privatisierung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Er stellte klar, „dass wir aus dem finanziellen Tal bei den Kommunen nur dann wieder herauskommen können, wenn die Kommunalfinanzen nachhaltig gestärkt werden“. Sämtliche Aufgaben der Daseinsvorsorge sollten weiterhin durch die Kommunen und ihre Unternehmen für die Bürger sichergestellt sein. Privatisierung dürfe kein Selbstzweck sein. Eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft unter dem Stichwort Public-Private Partnership sei zwar eine Möglichkeit, gelte aber keinesfalls als Allheilmittel. „Wir müssen bei jeder Aufgabe genau hinschauen, ob sie wirklich mit Public-Private Partnership ökonomisch und nachhaltiger erfüllt werden kann“, hob der Städtetagschef hervor.

„Citizen Value“

Schaidinger zufolge „müssen die Städte und ihre Unternehmen auch wirtschaftlich effizient arbeiten“. Dennoch gebe es einen entscheidenden Unterschied zu den Unternehmen der Privatwirtschaft: „Die kommunale Wirtschaft orientiert sich eben nicht am größtmöglichen Profit, nicht am Shareholder-Value, sondern am Citizen Value.“ Eine Flucht in die Privatisierung sei für Kommunen in Krisenzeiten kein guter Weg. Schaidinger: „Jahrelang lagen uns die Privatisierungsfanatiker in den Ohren und forderten,

so viele kommunale Aufgaben wie möglich zu privatisieren.“ Die kommunale Daseinsvorsorge stand unter gewaltigem Rechtfertigungsdruck. Immer wieder habe es geheißt: „Private können es besser und billiger.“ Doch habe die Marktrealität der Krise die These „Privat vor Staat“ eindrucksvoll widerlegt.

Die private Wirtschaft und ihre Verbände, allen voran die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, müsse jetzt angesichts dieser Realitäten akzeptieren, dass Privatisierungsparolen nicht weiterhelfen, erläuterte Schaidinger: „Wir sehen ganz deutlich, dass die kommunale Daseinsvorsorge eine Renaissance hat. Gerade in den Zeiten der Krise erweisen sich die Leistungen der Städte und ihrer Unternehmen als besonders wichtig.“

Umfragen belegten, dass kommunale Institutionen hohes Vertrauen genießen. Nach der neuesten Haushaltsbefragung des Instituts Emnid wollen 70 Prozent der Bürger, dass sie bei Strom, Gas und Wasser durch ein kommunales Unternehmen versorgt werden. Die Bürger lehnen eine Privatisierung ab. Beim Vertrauen in Institutionen liegen die Stadtwerke mit 81 Prozent auf Platz eins. 92 Prozent bewerten diese als zuverlässig und 91 Prozent sind mit der Gesamtleistung der kommunalen Unternehmen zufrieden.

Von der Europäischen Union und dem Bund erwarten die Kommunen Planungssicherheit. Laut Schaidinger „darf dabei der Markt nicht der alles bestimmende Regulator sein“. Auch einen Zwang zur Ausschreibung für grundlegende

Daseinsvorsorgeleistungen dürfe es nicht geben. Die Städte wollten vielmehr vor Ort gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern entscheiden, ob sie eine Aufgabe der Daseinsvorsorge selbst durchführen, ob sie diese durch eigene kommunale Unternehmen oder durch Ausschreibung im Wettbewerb erledigen lassen wollen.

Die Trendwende zu mehr Kommunalisierung machte der Vorsitzende an aktuellen Beispielen deutlich: So verkaufe der Energiegigant E.ON für rund 2,9 Milliarden Euro große Teile seiner Stadtwerktochter Thüga an die beiden kommunalen Konsortien Integra und Kom9. Überdies wäre es einem Konsortium bayerischer kommunaler Unternehmen beinahe gelungen, die Inn-Wasserkraftwerke von E.ON abzukufen. Zudem überlegten zahlreiche Kommunen, ob sie ihre Konzessionsverträge für Strom und Gas mit einem privaten Branchenriesen verlängern oder neue Lösungen mit anderen Versorgern oder in Eigenregie anstreben sollen.

Effekt des Konjunkturpakets

Kommunalminister Joachim Herrmann wies darauf hin, dass das Konjunkturpaket II des Bundes in Bayern auf vollen Touren läuft. Dem Freistaat stünden hier insgesamt knapp zwei Milliarden Euro zur Verfügung.

Bayernweit seien bereits in erheblichem Umfang Maßnahmen mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket angelaufen. Insbesondere die zuständigen Bezirksregierungen hätten bereits mehr als 1.000 Bauprojekte in kommunaler Trägerschaft bewilligt. „Rund die Hälfte der kommunalbezogenen Förderanträge sind damit be-

Fürstenfeldbruck:

Treffen der bayerischen Regierungspräsidenten

Regierungspräsident Christoph Hillenbrand hat seine Kollegen in diesem Amt - Brigitta Brunner und Heinz Grunwald, Karl Michael Scheufele, Dr. Thomas Bauer, Wilhelm Wenning und Dr. Paul Beinhofer - gemeinsam mit Ministerialdirektor Günter Schuster (Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums des Innern) zur diesjährigen Arbeitstagung nach Fürstenfeldbruck eingeladen. Dabei wurden Fragen u. a. aus den Bereichen interkommunale Zusammenarbeit, Schul-Dialogforen sowie Photovoltaik-Freifeld-Anlagen diskutiert. Schließlich wurde sich auch noch ins Goldene Buch der Stadt Fürstenfeldbruck eingetragen (v. l.): Dr. Thomas Bauer (Regierungspräsident von Mittelfranken), OB Sepp Kellerer, Karl Michael Scheufele (Regierungspräsident von Schwaben), Heinz Grunwald (Regierungspräsident von Niederbayern), Dr. Paul Beinhofer (Regierungspräsident von Unterfranken), Brigitta Brunner (Regierungspräsidentin der Oberpfalz), Wilhelm Wenning (Regierungspräsident von Oberfranken) sowie Landrat Thomas Karmasin und sitzend Christoph Hillenbrand (Regierungspräsident von Oberbayern).



Foto: Illing

Lösungen in Sichtweite

(Fortsetzung von Seite 1)

Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden am 18. November in München stattfinden“, meinte der Kommunalminister. Er verwies aber auch darauf, dass im vergangenen Jahr die Gesamtheit aller bayerischen Kommunen einen Überschuss von 1,8 Mrd. Euro erwirtschaftet habe. Ohnehin stünden diese seit Jahren bundesweit an der Spitze.

Dass der Digitalfunk aus seiner Sicht dringend benötigt wird, daraus machte Joachim Herrmann kein Hehl. Er habe ein „massives Interesse daran, dass möglichst alle von Anfang an mit dabei sind“. Ansonsten müsse man mit einem „heillosen Durcheinander“ rechnen, wovon letztlich auch die Arbeitsfähigkeit der Polizei berührt sei. Sein zurückgetretener Staatssekretär

Bernd Weiss, der mit den Kommunen ausgehandelt hatte, dass der Freistaat die Betriebskosten des Digitalfunknetzes in Höhe von rund 36 Millionen Euro jährlich komplett übernimmt, habe sich ungeheuer engagiert, lobte Herrmann. Allerdings habe man zu respektieren, dass das Finanzministerium zu keinem Zeitpunkt seine Zustimmung zu dieser Absprache gegeben habe, „sondern stets erklärt hat, damit nicht einverstanden zu sein“.

2011 muss der Digitalfunk in Bayern eingeführt werden - so steht es im Koalitionsvertrag. Einfachste und unbürokratischste Lösung aus Sicht des Innenministeriums ist es, wenn der Freistaat die gesamten Betriebskosten trägt und die weit höheren Anschaffungskosten die Gemeinde. Vor den FAG-Verhandlungen will Herrmann mit den Beteiligten zu einer einvernehmlichen Lösung gelangen.

Als Verfasser und Mitherausgeber publizierte Brandl verschiedene kommunalbezogene Fachbücher und Aufsätze. Vieles, wie er ist, veröffentlichte der u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnete auch einen Band mit Gedichten und Geschichten für „große und kleine Kinder“.

Jedem sein Recht

Jedem sein Recht zu geben - verständlich zu machen, dass die kommunale Ebene handlungsfähig bleiben muss, „nicht um unser selbst Willen, sondern um der Demokratie Willen“, gilt Brandls vorrangiges Streben. „Wenn wir ehrlich sind, haben wir immer mehr, die für uns das Regieren übernommen haben und die jenseits jeder Bodenhaftung in Berlin über Wohl und Wehe und Schicksal dieser Gesellschaft entscheiden“, hob Brandl vor kurzem in seiner Grundsatzrede beim Kongress des Bayerischen Gemeindetags in Nürnberg hervor. „Dabei geht es uns nicht um irgendwelche kommunalen Komfortkreise, wie die hoffnungsgetriebenen Jungkarrieristen in den Parteien behaupten mögen.“ Die eigenen Befindlichkeiten stünden nicht zur Debatte. Vielmehr gehe es darum, „welches Bild von Politik bei den Bürgern und bei den Wählern entsteht, wenn ständig versprochen und unanständig gebrochen wird.“ - „Jus est suum cuique tribuend.“ KI

Lösung beim Digitalfunk“. Konkret schlug er vor, den allgemeinen Steuerverbund um 9 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen. Im Gegenzug solle der Staat den FW-Anteil für die Betriebskosten übernehmen. Die Kommunen beschafften die Endgeräte ohne Zuschuss und leisteten Hilfe bei der Standortsuche.

„Gut vorangebracht“ wurde nach Herrmanns Auffassung in diesem Jahr bereits die Förderung von Umgehungsstraßen. Er sei dem Haushaltsausschuss des Landtags sehr dankbar, dass dieser das Programm „Ortsumgehung in kommunaler Sonderbaulast“ für Radwege und Straßenkreuzungen geöffnet habe. Es erfreue sich größten Zuspruchs.

Diskussion um DSL

Große Unterstützung durch die KPV-Mitglieder bekam auch die Resolution des Bayerischen Gemeindetags zum Thema DSL. Darin heißt es u. a.: „Der Staat ist nicht bereit, die flächendeckende Breitbandversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge anzuerkennen. In der Förderrichtlinie wird die Zuständigkeit für den Ausbau auf die Gemeinden verlagert. Zudem schiebt jede der mit der Thematik befassten Stellen die Schuld an dem unhaltbaren Zustand auf andere.“

Bayerns Kommunen seien am Ende ihrer Geduld. Es sei zwingend notwendig, dass der Bund umgehend von seiner Gesetzgebungszuständigkeit Gebrauch macht und das Telekommunikationsgesetz so ändert, dass zu dem dort aufgeführten Mindestangebot von Universaldienstleistungen für die Öffentlichkeit auch der Breitbandanschluss gehört. Auch wird der Freistaat Bayern aufgerufen, die Bundesregierung über eine Bundesratsinitiative zu den dringend erforderlichen gesetzgeberischen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten zu drängen. Es genüge nicht, wenn das Wirtschaftsministerium auf theoretisch zur Verfügung stehende Fördermittel verweist, wenn diese von den Gemeinden bei der Verlegung von Glasfaserleitungen nicht eingesetzt werden können.

Die Bundesnetzagentur wird schließlich aufgefordert, ihre Entscheidung vom April 2009 zu revidieren, um wieder die betriebswirtschaftliche Voraussetzung für einen zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen in ländlichen Gebieten Deutschlands durch die Deutsche Telekom zu ermöglichen. Die Deutsche Telekom AG könne sich der Unterstützung von Bayerns Kommunen bei ihrer Forderung nach kostendeckenden Teilnehmeranschlussleitungen sicher sein. DO

Zauberwort...

(Fortsetzung von Seite 1)

Thema müsse dennoch weiterhin in der Diskussion gehalten werden. Ziel der FU bleibe es, die Ungerechtigkeiten und Belastungen im Unterhaltsrecht für Frauen, die ihre Kinder betreuen, auszuräumen.

Betreuungsgeld kommt

Familienministerin Christine Haderthauer, die an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen hatte, betonte: „Das Profil der CSU findet sich im Koalitionsvertrag mehr als deutlich wieder. Ich freue mich außerordentlich, dass sich der Einsatz für eine bürgerliche Politik ausgezahlt hat. Mit der Entscheidung für ein Betreuungsgeld ab 2013 ist eine elementare gesellschaftspolitische Weiche gestellt worden.“ Jetzt gelte es, den Anspruch auf Betreuungsgeld möglichst schnell gesetzlich umzusetzen. Darauf werde sie mit Nachdruck drängen. Das Betreuungsgeld stelle einen Grundpfeiler der künftigen Familienpolitik dar und dürfe bei künftigen Regierungsbildungen nicht wieder zur Disposition stehen. „Ich begrüße, dass Einigkeit besteht, dass das Betreuungsgeld eine Bargeldleistung an junge Eltern ist. Hilfsweise soll geprüft werden, ob ausnahmsweise bei bestimmten Familien die Ausreichung von Gutscheinen sinnvoll sein kann.“

FU-Vorsitzende Niebler beurteilte die von der FDP geforderte Gutscheinregelung skeptisch: „Das Betreuungsgeld soll in die

Verfügungsgewalt der Eltern gestellt werden. Ich halte von der angedachten Gutscheinregelung nicht besonders viel. Warum wieder Bürokratie, warum wieder Gängelung?“

Als „skandalös, tendenziell ausländerfeindlich und in hohem Maße arrogant“ bezeichnete Haderthauer in diesem Zusammenhang die Aussage des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD), der behauptet hatte, das Geld werde von „der Unterschicht“ ohnehin nur „versoffen“. Haderthauer zufolge „diffamiert die SPD damit pauschal alle Hartz-IV-Familien und Migranten“. Egal ob sie arm oder reich sind und welche Sprache sie sprechen: Für alle Ein- bis Zweijährige seien ihre Eltern wichtig. Belastete Familien gebe es natürlich, aber diese bräuchten Hilfe und nicht gesellschaftliche Ächtung wie durch die SPD.

Billige Klischees

Niebler hieb in dieselbe Kerbe: „Diese Art der Profilierungssucht zu Lasten anderer spottet jeder Beschreibung. Die Unterstellungen sind eines Politikers mit Verantwortung unwürdig.“ Sowohl der Generalverdacht gegen Familien überhaupt als auch die Unterstellung gegenüber Familien, die Hartz IV beziehen, sei unentschuldig. „Mit billigen Klischees ist eine seriöse Diskussion um einen so wichtigen gesellschaftlichen Bereich wie die Familienpolitik nicht möglich“, bemerkte Niebler abschließend. DK

(Fortsetzung von Seite 1)

werden. Es gelte, durch eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen die Anbieter von Breitbandleistungen zu flächendeckenden Investitionen zu bewegen.

Gegen Bildungsheuschrecken

Deutlich artikuliert Brandl auch seine Meinung, wenn es um die Überlegungen einiger Landräte geht, künftig den Schullaufwand den Landkreisen zu übertragen. „Finger weg von den Hauptschulen“ mahnt Brandl an. Eine zukunftsfähige Schullandschaft bei den Hauptschulen könne nur mit und nicht gegen die Gemeinden gestaltet werden. Kaum vorstellbar, wie sich die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Landkreisen und Gemeinden entwickeln würden. „Wir haben schon genügend Heuschrecken in der privaten Wirtschaft, wir brauchen diese nicht in der kommunalen Bildungslandschaft“, zeigt sich der Präsident überzeugt.

Nach Auffassung von Brandls Präsidiumskollegen kann der Jubilar in seiner bisherigen Amtszeit vor allem die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Bayerischen Verfassung mit Wirkung zum 1. Januar 2004 sowie stets „einvernehmliche Lösungen“ mit Finanz- und Innenministerium etwa bei den kommunalen Finanzen als Erfolge für sich verbuchen. Bei einem Stehempfang wünschten sie dem „Energiebündel mit dem ungeheuren starken Rückgrat“, dass es sich auch weiter mit Tatkraft und Stärke vorne hinstellt. „Auch wenn ihm der Wind der ganzen Staatsregierung entgegen bläst“, meinte Gemeindetags-Ge-

Generationenstudie 2009:

Heimatgefühl und Leben in Bayern

Seit einem Jahrzehnt untersucht die Hanns-Seidel-Stiftung zusammen mit der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) in Hamburg Veränderungen von Stimmungen und Meinungen über das Leben in Bayern. Die von GMS-Geschäftsführer Dr. Helmut Jung in München vorgestellte neue Generationenstudie fasst die wesentlichen Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung zusammen, die im Mai und Juni 2009 durchgeführt wurde. Bayernweit wurden 1.853 Personen befragt.

Wie zuletzt 2003 wurden auf der Basis von ausschließlich in Bayern erhobenen Daten aus der Umfrageforschung das Lebensgefühl und die Erwartungen der bayerischen Bürger an Politik, Staat und Gesellschaft näher untersucht. Zugleich war dies die Fortsetzung einer Reihe, mit der grundlegende Aspekte der Entwicklung von Politik und Gesellschaft in Deutschland und in Bayern analysiert werden sollen.

„Ungeachtet einiger weniger Kritikpunkte in Verbindung mit dem Leben in Bayern lässt die eindeutige Dominanz positiver Nennungen keinen Zweifel daran, dass man das Leben in Bayern mit einer besonderen Lebensqualität verbindet“, lautet eines der Ergebnisse der Studie. Hierüber bestehe sowohl im Hinblick auf Generationen als auch Regionen eindeutiger Konsens.

Wie schon 2003 spielen der Untersuchung zufolge Landschaft und Natur mit einem hohen Freizeitwert die eindeutig wichtigste Rolle. Danach folgen generelle positive Gefühle wie Zufriedenheit und Geborgenheit, wobei auch erstmals das Heimatgefühl angesprochen wird. Der

am dritthäufigsten angesprochene Themenkomplex bezieht sich auf die spezifische bayerische Kultur mit alten Traditionen und vielen historischen Bauwerken, gefolgt von den besonderen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie den in Bayern offenbar besonders positiv beurteilten Mitmenschen und den guten sozialen Kontakten. Dass die Jungen sich dabei vergleichsweise seltener zu ihren Gefühlen bekennen, sei normal. Ungewöhnlich sei aber, dass gerade die Jungen Kultur und Brauchtum in Verbindung mit dem Leben im Freistaat überdurchschnittlich oft ansprechen.

Leben und leben lassen

Auch mit Blick auf Vor- und Nachteile des Lebens in Bayern ergibt sich eine eindeutige Dominanz positiver Aspekte. Dabei werden Politik und Wirtschaft insbesondere von den Jungen sowohl bei den Vorteilen als größter Aktivposten wie auch bei den Nachteilen als der am stärksten belastende Faktor angesehen.

Bei den zur Diskussion gestellten positiven Aussagen zum Leben

in Bayern gibt es im Regelfall ebenfalls eine eindeutig überwiegende Zustimmung. Bei einem Vergleich mit der 2003 durchgeführten Generationenstudie ergeben sich allerdings teils erhebliche Veränderungen. So wird wesentlich häufiger anerkannt, dass die Kirchen für den Erhalt der Traditionen wichtig sind (+19% gegenüber 2003), dass der Grundsatz „Leben und Leben lassen“ in Bayern ganz besonders gilt (+14%) und dass mehr Wert auf Nachbarschaft gelegt wird (+10%). Allerdings werden auch häufiger als 2003 eine regional unterschiedliche Verteilung des Wohlstands und eine Benachteiligung der ländlichen Regionen ausgemacht (jeweils +7%). Als weiterhin bevorzugte Regionen werden Oberbayern und vor allem der Großraum München sowie Ballungsgebiete insgesamt angesehen.

Etwas seltener als 2003 wird erwähnt, dass in Bayern besonders gute Arbeits- und Lebensverhältnisse existieren, Traditionen und Brauchtum lebendiger als anderswo sind und Kirchen eine wichtige Rolle in Politik und Alltag spielen. Auch die politischen Erfolge (Kriminalitätsbekämpfung, Schule/Bildung) werden etwas seltener als vor sechs Jahren anerkannt.

Starkes Image

Bei der indirekten Annäherung an das Bayern-Image durch die Frage, was man als typisch

bayerisch ansieht, erfolgt in erster Linie eine Bezugnahme auf die Lebensart, aber auch wieder auf die Landschaft und Sehenswürdigkeiten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass neben diesen beiden Aspekten auch Küche und Getränke sowie die Menschen, darüber hinaus aber auch „typische Aushängeschilder“ für Bayern wie der FC Bayern München, CSU und BMW genannt werden. Ungeachtet leichter Unterschiede in den Nennungshäufigkeiten ist die Sicht dessen, was als typisch bayerisch bezeichnet werden kann, Generationen und Regionen übergreifend weitgehend identisch.

Hohe Identifikation

Heimat und Heimatgefühl sind auch heute weiterhin mit hoher Emotionalität verbunden. Dies hat auch zur Folge, dass man Heimat eher dort verortet, wo man enge soziale Kontakte hat, lebt und auch geboren ist. Offenbar ist Heimat aber keineswegs nur dort, wo Familie ist. Heimat wird vielmehr auch ähnlich wie Familie erlebt und löst wie Familie Gefühle wie Verbundenheit, Zugehörigkeit, Vertrautheit, Zufriedenheit, Wohlbe-finden, Spaß, Geborgenheit, Schutz und Sicherheit aus. Eindeutig erkennbar ist ebenfalls, dass es zum Erleben von Heimat komplementär auch verschiedene visueller und akustischer Reize bedarf. Dabei spielen die Landschaft, aber auch Kultur und Brauchtum eine hervorgehobene Rolle.

Die hohe Identifikation mit Bayern und das intensive bayerische Heimatgefühl führen dazu, dass die Bayern mit großem Selbstbewusstsein und dem

sprichwörtlichen Wir-Gefühl ihre Position innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Europas wahrnehmen. Die 2009 deutlich häufiger bejahte Spitzenposition Bayerns vor anderen Ländern, die neuerdings in erster Linie mit dem Zustand von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und erst in zweiter Linie mit der guten (Wirtschafts-) Politik verbunden wird, führt einerseits zu der Sichtweise, dass Bayern das ihm zukommende politische Gewicht innerhalb der deutschen Länder besitzt. Dies ändert andererseits jedoch nichts daran, dass für ein Fünftel der Bayern das Gewicht des Freistaats im Konzert der verschiedenen Länder noch etwas gesteigert werden könnte und darüber hinaus auch eine Intensivierung der Interessenvertretung durch die Bayerische Staatsregierung in Deutschland und Europa zu begrüßen wäre.

Ausgeprägtes bayerisches Selbstbewusstsein

In ähnlicher Form wird aufgrund des ausgeprägten bayerischen Selbstbewusstseins auch die Frage einer größeren politischen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit Bayerns gesehen. Beides würde von knapp vier von zehn Bayern vorbehaltlos und von gut jedem Sechsten zumindest teilweise begrüßt, während es bei der Frage nach einem autonomen Staat Bayern ähnlich wie Österreich etwas mehr Zurückhaltung gibt: Immerhin 56 % aller Bayern lehnen dies vorbehaltlos und weitere 16 % teilweise ab. Anders als 2003 weichen die Meinungen und Einstellungen der Jungen und der Alten hier erheblich voneinander ab, wobei die heutigen Jungen einem eigenständigen

Bayern merklich kritischer gegenüberstehen als jene vor sechs Jahren.

Fazit: Im Hinblick auf die allgemeine Stimmungslage ist die Situation geringfügig besser als 2003 nach dem Platzen der Internetblase und dem Zusammenbruch der New Economy. Auffällig ist, dass ungeachtet der vergleichsweise weniger negativen Grundstimmung die ökonomische Vorreiterrolle Bayerns gegenüber anderen Ländern heute nicht mehr so häufig anerkannt wird wie vor sechs Jahren. Allerdings sind die Veränderungen auch wegen der positiven Zukunftserwartungen bezüglich der Entwicklung Bayerns nicht dramatisch.

Soziale Verankerung

Die Ergebnisse zum Schwerpunktthema Heimat und Heimatgefühl bestätigen laut Studie erneut, dass jeder Mensch eine soziale Verankerung braucht. Dabei werde ebenfalls wieder die zentrale Rolle der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Bildung von Heimatgefühl und Identität erkennbar.

„Obwohl die Politik im Gegensatz zu 2003 bei den Ursachen für Bayerns Spitzenposition den ersten Rang an die Wirtschaft abgetreten hat, bleiben gute politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen Grundvoraussetzungen für die Bildung einer positiven und starken Identität mit der Heimat.“ Ohne sie könne Heimat mit ihren spezifischen Ausprägungen im Hinblick auf Landschaft, Kultur, Traditionen und Brauchtum, aber auch Mundart und Mentalität der Menschen nicht positiv erlebt werden und keine entsprechende Identitätsbildung erfolgen. **DK**

Bayerischer Landkreistag / Bezirksverband Oberbayern:

Kommunikation im Blickpunkt

Die Impfpflicht gegen die Blauzungenkrankheit sowie die Diskussion um den Digitalfunk in Bayern bestimmten das jüngste Treffen des Bezirksverbands Oberbayern im Bayerischen Landkreistag in Oberaudorf. Dabei übten die Landräte deutliche Kritik an Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung.

Konkret nahmen die Landkreischefs Umweltminister Markus Söder ins Visier. Der Vorsitzende der Oberbayerischen Landräte, Thomas Karmasin (Fürstentfeldbruck) klagte, dass man den Medien habe entnehmen müssen, dass die Impfpflicht gegen die Blauzungenkrankheit im kommenden Jahr aufgehoben werden könnte. Es wäre hilfreich gewesen, wenn die Verwaltungen vorher informiert worden wären, erklärte Karmasin.

Unverhältnismäßigkeit

Mit Bayerns Umweltminister Markus Söder hatte sich erstmals ein Minister auf Landesebene gegen eine Fortführung der Impfpflicht für Blauzungenkrankheit bei Rindern und Schafen ausgesprochen. Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hieb in dieselbe Kerbe. Die beiden bayerischen Minister stellten sich damit gegen die vom Bundesagrarministerium seit 2007 bundesweit einheitlich verhängte Impfpflicht für die Blauzungenkrankheit. Söder betonte aber, sein Ministerium könne nur eine Empfehlung aussprechen. Ob die Impfung verpflichtend sei, entscheide der Bund und nicht die Länder.

Damit kommt er betroffenen Landwirten entgegen, die die Impfung verweigern. In der Vergangenheit hatten sich zahlreiche bayerische Landwirte geweigert, ihre Tiere gegen die ursprünglich aus Afrika stammende Krankheit impfen zu lassen. Sie beklagten, dass die Impfschäden in keinem Verhältnis

zum Nutzen stünden. Die Landkreischefs verhängten teilweise sehr hohen Bußgelder der Landratsämter hatten verschiedene Landwirte verweigert. Verwaltungsgerichts-surteile bestätigten dann jedoch die EG-Blauzungenverordnung und verurteilten die Impfverweigerer.

Bedauerlicher Zungenschlag

Karmasin erinnerte daran, dass die Landratsämter die Impfpflicht, zum Teil mit Zwangsmitteln, hätten vollziehen müssen und das nicht immer zur Freude der Landwirte. Er halte es nicht für klug, den ausführenden Organen so in den Rücken zu fallen. Die Landräte wollten sich nunmehr an Söders Ministerium wenden, um Klarheit zu bekommen.

In die Diskussion um den Digitalfunk in Bayern wiederum habe sich ein „bedauerlicher Zungenschlag“ eingeschlichen, fuhr Karmasin fort. Oberbayerns Landräte lehnten es ab, sich über Zwischenlösungen Gedanken zu machen. Stattdessen wollen sie die Einführung des Digitalfunks abwarten und wünschten sich eine zeitnahe Einführung, so der Bezirksvorsitzende. Er wies darauf hin, dass der Digitalfunk schon auf der Tagesordnung gestanden habe, ehe das Thema geradezu Kabinett erschütternde Auswirkungen angenommen habe.

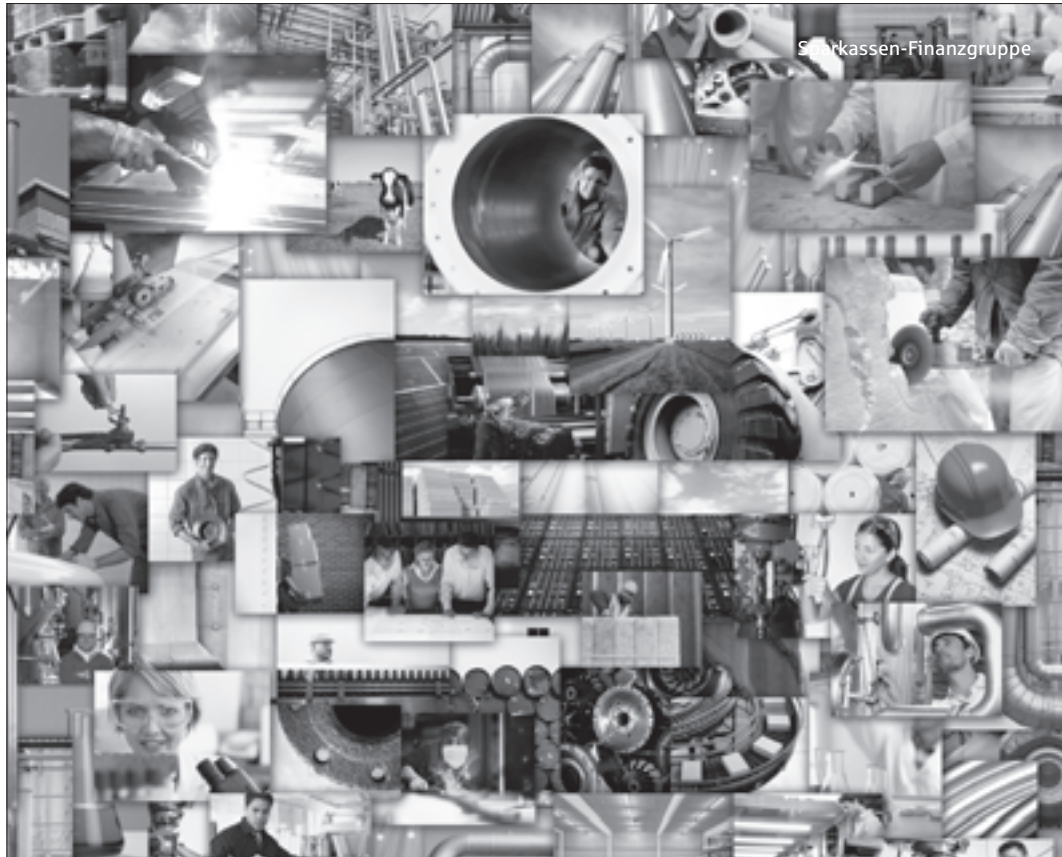
Klarstellungsbedarf sah Karmasin auch in der Auseinandersetzung um die künftige Ausgestaltung der Hauptschulen in Bayern. Die angedachte Entwicklung hin zu Mittelschulen bleibe Sache der Gemeinden. Niemand werde ih-

nen die Schulen streitig machen, betonte Karmasin. Die Landkreise seien mit den Schulen, für die sie als Sachaufwandsträger verantwortlich seien, ausgelastet.

Im punkto Konjunkturpaket II meinte Oberbayerns Regierungspräsident Christoph Hillenbrand, dass fast zwei Drittel der eingereichten Anträge beschieden seien. Im Landkreis Rosenheim könne die energetische Sanierung der Grund- und Hauptschule sowie der Realschule in Brannenburg aufgrund der staatlichen Konjunkturmittel vorgezogen werden.

Die Maßnahme wird durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung zu 87,5 Prozent gefördert. Da diese Sanierung im Haushalt 2009 nicht eingeplant ist und heuer noch Kosten in Höhe von rund 300.000 Euro anfallen, hatten im Sommer sowohl der Ausschuss für Kultur, Sport, Fremdenverkehr und Schulangelegenheiten als auch der Kreisausschuss einer Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zugestimmt. Die restlichen notwendigen Mittel zur Durchführung der Baumaßnahme werden in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 eingeplant.

Energetische Sanierung bedeutet in diesem Fall, dass sämtliche Fenster ausgetauscht werden und die Fassade des Schulgebäudes eine Wärmedämmung erhält. Zudem werden die Heizungsinstallationen erneuert. Für den Realschulanteil, hier ist der Landkreis Sachaufwandsträger, schätzte ein Architekturbüro die Gesamtkosten auf knapp 1,39 Millionen Euro. Die erwarteten Kosten für die Sanierung der Grund- und Hauptschule, sie wird vom Schulverband Brannenburg getragen, liegen bei 1,95 Millionen Euro. **DK**



Deutschland baut auf den Mittelstand. Der Mittelstand baut auf uns.

Sparkassen: Deutschlands Mittelstandsfinanzierer Nr. 1.*

Als kompetenter Finanzpartner sorgen die Sparkassen für einen starken Mittelstand. Ob Existenzgründung, Firmenverkauf oder Kapital für Innovation oder Expansion: Mit unseren ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen stehen wir jedem Unternehmer professionell zur Seite. Mehr Informationen bei Ihrem Firmenkundenbetreuer und unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

*Laut Marktanteil von Sparkassen und Landesbanken bei Krediten an Unternehmen und Selbstständige, abgeleitet aus Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Beiheft Reihe 1, Monatsbericht 01/2009.

Xaver Riebel Holding GmbH:

Ökologischer Fortschritt

Verankerung der Umwelt- und Ressourcenschonung in Unternehmensleitlinien

Bei der Baufirmengruppe Riebel mit Hauptsitz in Mindelheim hat der aufmerksame Umgang mit der Umwelt und den Ressourcen schon eine längere Tradition: Das 1920 gegründete Unternehmen gehörte in seiner Baustoffsparte mit zu den ersten, die Bauschutt und Beton wieder aufbereiteten, Abbaugelände renaturierten und aus Recyclingbaustoffen einen eigenen Wirtschaftszweig machten. Als 1995 der neu errichtete Bauhof in Mindelheim eröffnet wurde, zeugte das weit hin sichtbare, damals noch belächelte Windrad zur Stromgewinnung von gesteigertem Umweltengagement. Wasseraufbereitung, eine Fassadenphotovoltaik und Solarzellen auf dem Dach waren weitere ökologisch wertvolle Maßnahmen - damals teilweise noch als Pilotprojekte mit entsprechenden Anlaufschwierigkeiten, die heute aber wertvolle, umweltfreundliche Energie liefern.

Kerngeschäft der Riebel Gruppe ist nach wie vor die Baudienstleistung und die Produktion von Baustoffen. Nach verschiedenen Übergaben an die nächste Generation wurde das Leistungsportfolio immer konsequent nach Markterfordernissen erweitert und zeigt sich heute als logischer, potenter Zusammenschluss von Baufirmen, Baustoffproduktionen und Handelsumternehmen, mit einer Vielzahl an ergänzenden Dienstleistungsunternehmen und -aktivitäten.

Mit der Neugründung der „AE Allgäuenergie AG“ im Sommer legte das Unternehmen einen wichtigen ökologischen Baustein für die Zukunft der Firmen-gruppe. Die AE Allgäu Energie AG wird als wirtschaftlich rentables Unternehmen den Bau und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie in der Region vorantreiben.

Erstes eigenes Projekt wird ein „Sonnenenergiepark“ im und am Riebel-Bauhof in Mindelheim sein, das mit einer Leistung von 1,4 Megawatt eine CO₂-Einsparung von 27 Millionen Kilogramm innerhalb von 20 Jahren erreicht. Der erste Bauabschnitt ist bereits voll im Gange: Auf dem Freigelände innerhalb des Riebel-Bauhofs stehen schon die ersten Betonstützen für die insgesamt 10 „Carports“, auf de-

ren Dächern Fotovoltaikpaneels Strom mit einer Gesamtleistung von gut 650 KWP ins Netz einspeisen werden. Die 4,20 bis 5,80 Meter hohen, nach Süden ausgerichteten Überdachungen bieten regengeschützten Platz für Baumaschinen, Geräte und Baumaterialien.

Zweiter Bauabschnitt

Baubeginn für den zweiten Bauabschnitt – der Freiflächenanlage auf der Wiese südlich vom Bauhof – war der 2. November: Dort entstehen auf einer Fläche von 16.000 m² auf Ramm-pfählen installierte „Solartische“, die ebenfalls noch dieses Jahr gut 750 KWP Solarstrom produzieren. „Die gesamte Anlage wird mit ihren 1,4 Megawatt Leistung wesentlich mehr Strom produzieren, als Riebel an diesem Standort im Jahr verbraucht“, freut sich Architekt Günter Seifried, der schon beim Neubau des Bauhofs 1995 die erste Fassaden-Fotovoltaik und das Windrad mitkonzipiert hat.

Doch damit nicht genug: Aulinger treibt auch Riebel-intern die umweltfreundliche Energie-nutzung voran: „2010 beginnen wir in Kooperation mit einem Partner den Bau einer 44.900 m² Testanlage mit Schulungszentrum neben dem Gelände unse-

res Kieswerks in Bad Wörishofen. Und bis 2011 planen wir weitere 64.000 m² Solar- bzw. Fotovoltaikfläche.“

Regionale Ausrichtung

Riebel Holding-Geschäftsführer und Initiator der „Allgäu Energie AG“, Thomas Aulinger, legt dabei Wert auf die regionale Ausrichtung: „Es ist uns wichtig,

geschrieben. Stefan Birnbacher, Geschäftsführer der Xaver Riebel Bauunternehmung formuliert ein ehrgeiziges Ziel: „Bis 2017 wollen wir energieneutral wirtschaften und nur so viel Energie verbrauchen, wie wir an anderer Stelle im Unternehmen erzeugen.“ Dementsprechend wurde im Leitbild des Unternehmens die ökologisch ausgewogene Handlungsweise ausdrücklich mit aufgenommen. Anstrengungen für sinnvolle Energieeinsparung in allen Unternehmensbereichen begleiten dieses hohe Ziel und bringen letztendlich auch wirtschaftliche Vorteile: Birnbacher kündigte an, bald ei-

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

hier Arbeitsplätze zu erhalten, hier unser Geld zu investieren und die Region zu stärken.“ Und für die Gewinnung von Energie gelte das nach seinen Worten ganz besonders: „Nur vor der eigenen Haustür sind wir sicher vor internationalen Politwirren oder geopolitischen Streitigkeiten.“

Parallel dazu haben sich die Unternehmen der Riebel Gruppe den hohen ökologischen Stellenwert ihrer Arbeit auf die Fahnen

gene Patente zur umweltfreundlichen Herstellung von Asphalt anzumelden.

„Energie ist ein wertvolles Gut, das verantwortungsvoll gewonnen werden sollte. Schließlich braucht sie auch die nächste Generation zum Leben und wir zum Bauen und zum Erbringen unserer Dienstleistungen“, bringt Aulinger das ökologische Engagement der Riebel Gruppe auf den Punkt. □

Geld und Gedanken umlenken

30. Bundestagung der Landeskultargesellschaft in Würzburg zum Thema Dorfentwicklung

Mit seiner jüngsten Studie sorgte das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für Wirbel. Von „verlorenen Räumen“ durch massiven Bevölkerungsschwund war da zu lesen. Die Bayerische Staatsregierung glaubt dies nicht. In Bayern will man kein Dorf verloren geben. An der Maxime der gleichwertigen Lebensbedingungen werde auch künftig festgehalten, so Ministerialrat Maximilian Geierhos vom Bayerischen Umweltministerium bei der 30. Bundestagung der Deutschen Landeskultargesellschaft (DLKG) in Würzburg.

250 Interessierte tauschten sich unter dem Motto „Dörfer ohne Menschen?“ darüber aus, wie schrumpfende Gemeinden vitalisiert werden können. Das Wichtigste ist für Otmar Weber von der „Agentur Ländlicher Raum“ des Umweltministeriums in Saarbrücken, vor Ort „Lust auf Dorf und Zukunft“ zu machen. Dem agilen Dorfentwickler gelingt es seit vielen Jahren, Gemeinden wach zu rütteln und auf neue Pfade zu locken. „Gedanken und Gelder müssen in andere Wege umgelenkt werden“, appellierte Weber.

Lust auf Dorf zu machen ist deshalb von so großer Bedeutung, weil die Menschen bei der Dorfentwicklung mit anpacken müssen. „Bottom-up“ ist gefragt. Der Prozess der Ideenfindung und Projektrealisierung von unten nach oben vollzieht sich zum Beispiel in Dorfwerkstätten. Dort überlegen Bürger gemeinsam, wie die Innenentwicklung ihres Dorfs angesichts leer stehender Häuser vorangetrieben werden könnte.

Jeder Bürgermeister und Gemeinderat eines schrumpfenden Dorfes müsste größtes Interesse daran haben, seine Gemeinde zukunftsfähig zu machen. Denn es kostet laut der Agraringenieurin Andrea Soboth vom Institut für Regionalmanagement (IfR) in Gießen „richtig viel Geld“, die dörfliche Infrastruktur auch nur in abgespeckter Version am Leben zu erhalten. Je mehr Menschen abwandern und je geringer die Wirtschaftsaktivität ist, umso schmaler fallen die Zuströme in die Gemeindekasse aus.

Dörfer zukunftsfähig zu machen, heißt für Otmar Weber nicht zuletzt, lieb Gewordenes loszulassen und sich auf Neues einzulassen. Dies betrifft zum Beispiel die dörfliche Vereinskultur. Ohne jede Innovationskraft werden Vereine

laut dem Saarbrücker Dorfentwickler derzeit noch krampfhaft am Leben gehalten: „Dabei singt sich der Gesangsverein längst von Grab zu Grab.“ Junge Dorfbewohner haben nun einmal keine Lust, sich in Vereine einbinden zu lassen. Für Weber ist das legitim. Es müssen jedoch die richtigen Konsequenzen daraus gezogen werden. So könnten sich verschiedene Vereine eines Dorfs zusammenschließen. Oder Vereine über Gemeindegrenzen hinweg kooperieren.

Trendiges Internet

Nicht jede moderne Entwicklung trägt dazu bei, die dörfliche Kultur anzuknabbern oder gar zu zerstören. Es gibt im Gegenteil viele hoffnungsvolle Trends. Allen voran das Internet. Für immer mehr Firmen ist der Daten-Highway wichtiger als die Autobahn. Sie brauchen also nicht mehr die optimale Verkehrsanbindung, um sich irgendwo niederlassen zu können. Allerdings: Wie zahlreiche Gemeindevertreter beklagten, stößt der Ausbau des schnellen Internets auf dem flachen Land auf erhebliche Probleme. Von unausgegorenen staatlichen Förderkonzepten wie von Monopolstellungen einzelner DSL-Anbieter ist die Rede. Raus aus der Misere scheint es auch hier wieder nur mit Kooperation zu gehen.

So tat sich die Gemeinde Geiselbach bei Aschaffenburg mit acht anderen Gemeinden zusammen, um gemeinsam für einen zeitnahen Breitbandausbau zu kämpfen. Der Zusammenschluss ermöglicht laut Andreas Jung von der Geiselbacher Gemeinde eine deutlich bessere Verhandlungsposition gegenüber Anbietern von breitbandigen Internetanschlüssen: „Wir vertreten nun ein Versorgungsgebiet mit 30.000 Bürgern. Etwa 3.000 davon sind potenzielle Kunden.“ Pat Christ



LBS-Bayern-Chef Dr. Franz Wirnhier.

Bild: osr

Viele unterschätzen Wohn-Riester

Bayern-LBS-Chef Franz Wirnhier: In der Krise sind Immobilien gefragt

Regensburg. (osr) „Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten besinnen sich die Menschen besonders auf die Vorzüge von Sachwerten wie Wohneigentum.“ LBS-Bayern-Chef Dr. Franz Wirnhier riet im Regensburger PresseClub wegen der „sensationalen Konditionen“ gerade jetzt zum Immobilienkauf: Niedrige Zinsen und moderate Bau- und Kaufpreise.

Die Bausparneigung der Menschen sei weiterhin groß, was das Geschäftsjahr 2008 beweise, sagte Wirnhier: „Die LBS hat das zweitbeste Neugeschäft in ihrer 80-jährigen Geschichte geschrieben.“ 280.000 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 7,6 Milliarden Euro entsprechen Steigerungs-raten von 12,7 beziehungsweise sieben Prozent. Für 2009 erwartet der LBS-Chef wieder einen guten Bausparjahrgang knapp am hohen Sieben-Milliarden-Niveau.

Testsieger

Seit der Zertifizierung ihrer Riester-Produkte im November 2008 habe die LBS Bayern bis Ende September 2009 rund 35.000 Riester-Bausparverträge vermittelt. In diesem Jahr belaufe sich das LBS-Riester-Geschäft schon auf eine Milliarde Euro Bausparsumme. Das seien rund 20 Prozent des Neugeschäfts. Ein wenig stolz ist die Bayern-LBS schon darauf, dass die Zeitschrift Finanztest sie bei diesem Produkt zu einem der Testsieger gekürt hat. Dennoch merkte Wirnhier an, dass viele die Vorteile durch Wohn-Riester massiv unterschätzten, die sich oft auf 50.000 Euro und mehr summierten.

„Viele Investoren interessieren sich für die Immobilie als inflati-

onsgeschützte und wertstabile Anlage“, sagte Wirnhier. Der Kapitalanleger, der auf dem Wohnimmobilienmarkt jahrelang nicht mehr aktiv war, sei zurück. In Bayern habe die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft von Januar bis September schon 6214 Objekte im Wert von 979,5 Millionen Euro vermittelt. Der weit überwiegende Teil dieser Immobilien komme aus dem Bestand, denn der Neubau sei unverändert schwach. Nun sei aber möglicherweise die Talsohle erreicht.

Die Wohnimmobilienpreise seien stabil. „Durchschnittlich werden in Bayern für ein von der LBS oder Sparkasse vermitteltes gebrauchtes Haus 183.500 Euro erzielt“, berichtete Wirnhier. Um die Hälfte mehr müsse investieren, wer ein neu gebautes Haus erwirbt. Hier liege der Durchschnittspreis bei 276.500 Euro. Noch größer sei der Preisunterschied zwischen Neubau und Gebrauchtimmobilie bei den Eigentumswohnungen. „Während eine Wohnung aus dem Bestand für durchschnittlich 92.500 Euro den Besitzer wechselt, müssen Käufer einer Neubau-Eigentumswohnung mehr als das Doppelte auf den Tisch legen: 230.000 Euro beträgt der Kaufpreis im Landes-schnitt.“ □

Bedrohte Innenstädte und Ortskerne retten

Angesichts der in vielen Kommunen immer weiter fortschreitenden Verödung und eines zunehmenden Leerstands fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein deutliches Signal von der neuen Bundesregierung zur Rettung der Innenstädte und Ortskerne.

„Der Negativtrend in vielen Innenstädten und Ortskernen nimmt verstärkt durch die Wirtschaftskrise, den zunehmenden Kaufkraftverlust, aber auch infolge der Schließung von Warenhäusern einen immer bedrohlicheren Zustand an. Die Städte und Gemeinden sind zwar zunächst selbst gehalten, ihre Zentren, insbesondere durch interkommunal abgestimmte Einzelhandelskonzepte, zu stärken. Die Kommunen sind aber alleine überfordert, attraktive Innenstädte und Ortskerne zu gewährleisten“, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Städtebau und Umwelt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Stadtbaurat Martin Lürwer, Paderborn, anlässlich der DSStGB-Sitzung in Lübbenau/Spreewald.

„Wir begrüßen sehr, dass gerade viele Kommunen in den neuen Ländern durch die bundesweite Gemeinschaftsaufgabe Städtebauförderung in den letzten zwanzig Jahren ihre Innenstädte und Ortskerne vorbildlich restauriert und saniert haben. Dies ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Die Aufgabe Stadtbau ist aber noch nicht beendet. Gerade deshalb darf jetzt das Engagement nicht nachlassen. Vielmehr müssen wir uns den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen“, erklärte der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, Karl-Ludwig

Böttcher im Rahmen der Sitzung.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert daher konkrete Maßnahmen zur Rettung der Innenstädte und Ortskerne:

- Die Europäische Kommission muss ihre Förderung im Rahmen des europäischen Strukturfonds stärker auf eine nachhaltige Stadtentwicklung sowie auf eine Förderung von Städten und Gemeinden aller Größenordnungen ausrichten.
- Der Bund ist aufgefordert, das Erfolgsprogramm der Städtebauförderung mit seiner hohen Multiplikatorenwirkung auf einem höheren Niveau als den zurzeit zur Verfügung gestellten 570 Mio. Euro Bundesmittel fortzuführen und zu verstetigen.
- Neben dem Bund sind auch die Länder aufgefordert, ihre Städtebauförderungsprogramme zu verstärken und eine Förderung für Innenstädte und Ortskerne ressortübergreifend vorzunehmen.
- Der Einzelhandel ist aufgefordert, für attraktive Nahversorgungsangebote in den Innenstädten und Ortskernen Sorge zu tragen.
- Auch die Eigentümer leer stehender Innenstadtimmobilien sind gefordert, Kontakte zu ihren Ratshäusern aufzunehmen und zusammen mit den Kommunen und Banken zügig Nachnutzungskonzepte zu entwickeln. □



Minister Helmut Brunner (2. v. r.) mit (v. l.): Josef Seibl (Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern), Peter Siebert (Schönberg), Max König (Saldenburg), Max Köberl (Ringelai), Martin Behringer (Thurmansbang), Helmuth Peter (Grafenau), Heinz Binder (Fürsteneck), Edeltraud Stegbauer-Wagner (Hutthurm), Josef Gutmiedl (Röhrnbach), Manfred Eibl (Perlesreut). □

Dorfkulturtage:

Ilzer-Land-Kommunen gewürdigt

Für ihr außergewöhnliches Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung der 10. Bayerischen Tage der Dorfkultur hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner den Bürgermeistern der neun niederbayerischen Kommunen des Ilzer Landes Fürsteneck, Grafenau, Hutthurm, Perlesreut, Ringelai, Röhrnbach, Saldenburg, Schönberg und Thurmansbang in München Dankurkunden überreicht.

Mit der Auszeichnung zollte der Minister dem Einsatz aller Beteiligten Respekt. „Sie haben durch Ihr großes Engagement bei der Konzeption, Organisation und Durchführung einen entscheidenden Beitrag geleistet, dass die Tage der Dorfkultur im Ilzer Land ein voller Erfolg geworden sind“, so Brunner. Die Veranstaltung ha-

be die Kreativität und Vitalität im ländlichen Raum eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Etwa 25.000 Menschen haben die rund 45 Veranstaltungen im Juli besucht. Laut Brunner ist es dabei in gemeindeübergreifender Zusammenarbeit hervorragend gelungen, die Vielfalt der Kultur in den Dörfern erlebbar zu machen. □

Immer mehr Kommunen fördern bauwillige Familien

Zuschüsse bis 80.000 Euro möglich - 643 Kommunen in einzigartiger Datenbank

Immer mehr Kommunen fördern junge Familien beim Erwerb von Wohneigentum durch kräftige Zuschüsse, die vielerorts weit über die alte Eigenheimzulage hinausgehen. Trotz klammer öffentlicher Kassen rechnet sich die Familienförderung für die Kommunen. Der Wegzug junger Familien wird gestoppt und neue Familien stärken durch den Zuzug die Infrastruktur: Schulen, Kindergärten, Vereine aber auch der Einzelhandel profitieren von der Integration junger Familien am Wohnort. Die 2007 gestartete Online-Datenbank „Baugeld vom Bürgermeister“ der Aktion pro Eigenheim ist mittlerweile auf bundesweit 643 Kommunen angewachsen, die Familien beim Hausbau oder Hauskauf unterstützen.

Mit Hilfe der Datenbank (www.aktion-pro-eigenheim.de) entfällt für die Bauwilligen das mühsame Recherchieren nach entsprechenden Angeboten: Übersichtlich nach Postleitzahlen sortiert, können Interessierte nach familienfreundlichen Kommunen in der Umgebung ihres Wohnortes suchen und erhalten im Anschluss detaillierte Informationen über die einzelnen Förderprogramme sowie die direkten Ansprechpartner in der Stadtverwaltung.

Ausgezeichnete Förderprogramme

Besonders interessante Angebote werden unter der Rubrik „Best Practice-Beispiele“ vorgestellt. Wie etwa das Programm der Stadt Krißfel im Vordertaunus, die einer Familie mit zwei Kindern über den Zeitraum von 15 Jahren einen Zinszuschuss von 63.000 Euro gewährt, einer vierköpfigen Familie sogar 81.000 Euro. Oder die hessische Stadt Rödermark, die spezielle Grundstücke für junge Familien

mit einem Rabatt von 150 Euro pro Quadratmeter anbietet. Aber auch die ansonsten sparsamen Schwaben geben sich in punkto Familienförderung großzügig. So unterstützt die Landeshauptstadt Stuttgart bauwillige Familien gleich mit zwei Programmen: Im Programm „Preiswertes Wohneigentum“ kann eine Familie mit vier Kindern eine Preisermäßigung von maximal 54.000 Euro auf städtische Grundstücke erhalten. Im „Familienprogramm“ ist für diese Familie ein maximaler Baukostenzuschuss von 30.000 Euro möglich. Rund sechs Millionen Euro haben die Stadtväter pro Jahr für beide Programme im Haushalt eingestellt, die rege nachgefragt werden.

Willkommenspaket

Mit einem großen Willkommenspaket lockt die Stadt Schöningen im Braunschweiger Land Familien an. Neben einer städtischen Förderung von bis zu 29.000 Euro wird für ein Jahr ein kostenloser Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt. Bei Nut-

zung öffentlicher Verkehrsmittel gibt es drei Jahre die BahnCard gratis. Neu ist auch eine stadtteigene Pendlerpauschale von 22 Cent pro Kilometer bis maximal 50 Kilometer für ein Jahr und die Bezuschussung eines Zweitwagens für die Familie mit 2.500 Euro. So will sich die Stadt laut Bürgermeister Mathias Wunderling-Weilbier als idealer Wohnort für Familien in Position bringen.

Weitere Kommunen animieren

„Viele Kommunen sehen die Förderung von Wohneigentum heute als wichtigen Bestandteil eines ganzen Maßnahmenbündels, um ein familienfreundliches Klima in Ihrer Stadt zu schaffen“, fasst Hans Dietmar Schneider, Sprecher der Aktion

Stadtumbau West:

Kommunen lebendig halten

Lagebesprechung niederbayerischer Bürgermeister in Landshut

In den Städten der alten Bundesländer zeichnet sich immer deutlicher ein wirtschaftlicher und demographischer Strukturwandel ab. Dies stellt die Kommunen vor die Herausforderung, auf diese Entwicklung auch vorbeugend städtebaulich zu reagieren. Deshalb hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2002 mit der Unterstützung der Städte beim Stadtumbau in den alten Ländern begonnen und das Forschungsfeld Stadtumbau West (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau) gestartet.

Auf Grundlage dieser Erfahrungen legte die Bundesregierung im Jahr 2004 das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West auf. In Landshut besprachen kürzlich niederbayerische Bürgermeister mit Baufachleuten und Vertretern der Regierung von Niederbayern, wie sie ihre Städte und Gemeinden lebendig halten können.

Demographischer Wandel

Der Städtebau ist zwar nicht der einzige, aber ein wichtiger Aspekt im Umgang mit dem demographischen Wandel. Denn durch die Gestaltung ganzer Viertel oder einzelner Grundstücke kann das öffentliche Leben entscheidend beeinflusst werden. Ein aktuelles Projekt ist das Mehrgenerationenhaus am Langstadt in Freyung. Die in den kommenden Wochen geplante Eröffnung soll der Auftakt zur Wiederbelebung des ehemaligen Militärraums sein.

Mehrgenerationenhaus

Das Haus soll zum gesellschaftlichen Mittelpunkt sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für erwachsene und ältere Menschen werden. Die Gebäudestruktur bleibt im Wesentlichen erhalten. Um- und Anbau waren vor allem auf das Energiesparen ausgerichtet. In erster Linie galt es, das Gebäude technisch und energetisch auf den neuesten Stand zu bringen.

Glaszentrum

Ein anderes Beispiel ist das Glaszentrum der Hochschule Deggendorf und der Universität Bayreuth, das auf dem Gelände des einstigen Holzwerks in Spiegelau (Landkreis Freyung-Grafenau) vorgesehen ist. Dort sollen sich andere Institutionen und Unternehmen ansiedeln und somit neue Arbeitsplätze entstehen können. Mit dem Zentrum will die Staatsregierung den Verlust

pro Eigenheim, seine Erfahrungen zusammen. „Wer der demographischen Entwicklung aktiv gegensteuern will, muss jungen Familien heute schon etwas bieten. Das erkennen immer mehr Kommunen. So ist unsere Datenbank „Baugeld vom Bürgermeister“ innerhalb von nur zwei Jahren von anfänglich 148 Kommunen auf heute 643 Kommunen angewachsen.“

Aktion pro Eigenheim

Die „Aktion pro Eigenheim“ versteht sich als Anwalt bauwilliger Familien und tritt für die Erfüllung ihres Lebensstraums vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung ein. Aktuelle Angebote aus den Bereichen Förderung, insbesondere Familienförderung, sowie umfangreiche Ratgeber zum Hausbau und zur Baufinanzierung begleiten junge Familien von der Planung bis zur Realisierung ihres Bauvorhabens. Auf politischer Ebene setzt sich die Aktion pro Eigenheim für eine im europäischen Vergleich angemessene Förderung von Wohneigentum ein. □

Finanzmanagement:

Vorfahrt für Doppik!

GZ-Interview mit Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

GZ: Herr Prof. Bauer, wieso brauchen die Kommunen ein anderes, ein modernes Rechnungswesen?

Bauer: Die Kameralistik, das derzeitige Rechnungswesen der Kommunen, ist über 450 Jahre alt. Sie kommt aus einer Zeit, in der staatliche Haushalte noch aus der Schatztruhe geführt wurden. Der damalige absolute Herrscher wollte nur sicherstel-

len, dass sein Schatzmeister das Geld korrekt verwendet. Wirtschaftlichkeitsaspekte haben ihn wenig interessiert, im Gegenteil, diese hätten nur gestört. Wenn er eine Prunkhauptstadt bauen wollte oder einen Palast, dann hat er gebaut.

GZ: Was erhoffen Sie sich von der Doppik?

Bauer: Ein Staat, der heute für rund 44 % des Bruttoinlandsproduktes verantwortlich ist, ist verpflichtet, den Steuerzahlern transparent aufzuzeigen, wie gut er mit ihrem Geld wirtschaftet. Und das leistet die Kameralistik ganz und gar nicht. Der Staat, also Bund, Länder und die Kommunen, kennt den Wert seines Vermögens nicht, er kann nicht sagen, ob dieses in einem Haushaltsjahr zunimmt oder verfällt. Er weiß auch nicht, wie hoch sein Eigenkapital ist oder ob er schon überschuldet ist. **GZ: Wieso zögern dann die staatlichen Stellen mit dem Übergang zur Doppik?**

Bauer: Die Einführung der Doppik ist freiwillig und sie kostet Geld. Daher zögern Bund, Länder und Kommunen. Viele befürchten möglicherweise, die Eröffnungsbilanz sei sehr schwer zu erstellen. Sie fragen sich, wie sollen wir unsere Straßen bever-

ten, wie unser Rathaus oder unsere Denkmäler und Kunstwerke. Und genau da wollen wir mit unserem soeben vorgelegten Bewertungsleitfaden „Erfassung und Bewertung kommunalen Vermögens in Bayern“

helfen und zwar mit konkreten Beispielen. Wer diesen hat, der hat künftig keine Ausrede mehr. Wer dann noch an der Kameralistik festhält, ist selbst dafür verantwortlich, er ist selbst schuld.

GZ: Welche Vorteile hat die Doppik noch?

Bauer: Erstens wäre dann die Trennung staatliches und kaufmännisches Rechnungswesen aufgehoben. Jeder Bilanzfachmann könnte auch das staatliche Rechnungswesen beurteilen. Das bringt Transparenz. Zweitens erleichtert sie die Zusammenarbeit des Staates mit der Privatswirtschaft bei PPP - Public Private Partnership. Nur mit einem einheitlichen Rechnungswesen kann man richtig vergleichen, ob PPP besser ist. Die heutige Kameralistik lässt den Staat häufig fälschlich im Glauben, er könne das billiger. Er täuscht sich, weil viele Kosten nicht berücksichtigt sind. Richtig verglichen, wird PPP nicht immer gewinnen, aber das wäre dann in Ordnung. Drittens kann der Staat nur gemäß dem Nachhaltigkeitsgebot handeln, wenn er über sein Vermögen Bescheid weiß. Sonst betreibt er möglicherweise Raubbau an der Zukunft und er merkt es nicht einmal.

Es ist daher höchste Zeit, die Kameralistik abzuschaffen und ein modernes staatliches Rechnungswesen einzuführen. □

Praktikable Wohnformen im Alter

„Wohnmöglichkeiten im Alter – Bestand und Perspektiven“ lautete das Thema einer Fachtagung, die von der Koordinationsstelle „Wohnen zu Hause“ im Auftrag des Bayerischen Sozialministeriums in München stattfand. Zunächst sprach der Wiener Zukunftsforscher Matthias Horx über seine Forschungsergebnisse zum Leben und Wohnen in der Zukunft. Verschiedene Experten stellten im Anschluss daran aktuelle Wohnformen und bewährte Beispiele aus der Praxis zum betreuten Wohnen, Quartierskonzepten oder ambulanten Hausgemeinschaften vor. In einem Film, der erstmals vom Medienladen Nürnberg gezeigt wurde, wurden innovative Konzepte für die Pflege im Alter präsentiert. Näheres unter www.wohnen-zu-hause.de. □

Heim+Handwerk 2009 vom 25. bis 29. November:

Ein starkes Trio für München

Bauen, Einrichten, Wohnen: Unabhängige Beratung und große Produktauswahl für Bauherren und Hausbesitzer

Energetische Sanierung, CO₂-Minderung und erneuerbare Energien - Schlagworte, die beim Verbraucher oftmals Fragezeichen hinterlassen. Dementsprechend hoch ist der Informationsbedarf in Sachen Bauen, Renovieren und Modernisieren. Die Heim+Handwerk, die große Messe rund ums Bauen, Einrichten und Wohnen, ist der Kompass für alle Ratsuchenden.

Dabei spielt es keine Rolle, ob die persönlichen Vorstellungen schon konkrete Formen annehmen oder die unverbindliche Beratung im Vordergrund steht. Das Rahmenprogramm und die Aussteller in den Hallen B2 und B3 bieten eine Fülle an Anregungen und Informationen rund ums Haus, von innen bis außen.

Dauerbrenner

Energieeffizienz und Nachhaltigkeit sind dabei thematische Dauerbrenner. Mit der EnEV 2009 steigen die Anforderungen an Neubauten, aber auch an bestehende Gebäude. Die vorgegebenen Richtwerte sparen nicht nur Heizkosten, sondern steigern auch den Wert des Hauses. Fit für die Vorgaben sind in der Regel Fertighäuser. In der Halle B3 präsentieren verschiedene Hersteller ihre Modelle und Lösungen. Aber auch Dämmstoffe, Türen, Fenster und Werkzeug für den Ausbau sind hier zu sehen.

Wichtige Säule im Informationsangebot

Das Rahmenprogramm mit Vorträgen auf dem Forum „Energie-Spar-Treff“ in Halle B2 bildet eine wichtige Säule im Informationsangebot. Die Beratung durch die unabhängigen Experten ist „all inclusive“ -

und angesichts wachsender gesetzlicher Anforderungen und einer hohen Produktauswahl unabdingbar.

Auch die Erzeugung von Wärme und Strom durch regenerative Energien ist aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Ob Solaranlage oder Pelletsheizung - in Halle B2 ist zu sehen, welche Möglichkeiten es dafür gibt. Das weitere Angebot dieser Halle umfasst alles um den Innenausbau und reicht von Treppen und Böden bis hin zu Wandverkleidungen und sparsamen Sanitäranlagen.

Traum vieler Hausbesitzer

Voll im Trend: Der Wintergarten. Der Traum vieler Hausbesitzer kann viele Formen annehmen. Ob als lichtdurchfluteter, eleganter Wohnraum oder frostfreies Zimmer zum Überwintern von Pflanzen - bei der Planung gibt es viel zu bedenken, damit die Wohlfühllose nicht zum Energiefresser wird. Material, Nutzung und Himmelsrichtung sind dabei nur einige Aspekte, die den Bau beeinflussen. Wie das Wintergartenprojekt erfolgreich verläuft und welche individuellen Möglichkeiten umsetzbar sind, erfahren die Besucher der Heim+Handwerk direkt bei den Herstellern in Halle B3. □


Bayerische Landessiedlung®

Energie und Kommunale Entwicklung
 Erneuerbare Energien als Standortvorteil


Straßenbeleuchtung
 Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden


Solarenergie
 Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen


Baulandentwicklung
 Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerische Landessiedlung GmbH
 Franziskanerstraße 14
 81669 München
 Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Beitragsveranlagung in Nürnberg

Programm KIS ♦ Beitrag der Firma Orgasoft Kommunal
seit zehn Jahren erfolgreich im Einsatz

Die inzwischen beim Servicebetrieb Öffentlicher Raum Nürnberg angesiedelte Beitragsabteilung setzt seit nunmehr zehn Jahren auf das Beitragsprogramm KIS ♦ Beitrag der Firma Orgasoft Kommunal in Saarbrücken und Weimar und rechnet damit alle Ausbau- und Erschließungsmaßnahmen erfolgreich ab.

Der Erfolg zeigt sich in den Zahlen. Seit Beginn des Einsatzes konnten mehr als 1.700 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von über 60 Mio. Euro abgerechnet werden. Hinzuzurechnen sind auch die Maßnahmen, deren Verjährung drohte und die durch die zielstrebige und zügige Aufarbeitung rechtzeitig zur Veranlagung geführt wurden.

Datenintegration

Der Servicebetrieb arbeitet mit 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Sachgebiet und setzt neben der eigentlichen Software für die Erfassung und Veranlagung der Beiträge auch auf Datenintegration zu anderen Fachbereichen. Es werden graphische Daten aus der Digitalen Stadtgrundkarte des städtischen Amtes für Geoinformation und Bodenordnung verarbeitet und Eigentümerdaten aus dem amtlichen Liegenschaftsbuch zur Veranlagung hinzugezogen. Die über die Veranlagung erzeugte Sollstellung geht automatisch als Datei an die Stadtkasse.

Nach gutachtlicher Prüfung der Beitragsfähigkeit läuft die Veranlagung in der Regel in drei Schritten ab:

1. graphische Feststellung der veranlagungsfähigen Flächen sowie Erfassung und Dokumentation der umlagefähigen Aufwendungen.
2. Feststellung der betreffenden Eigentümer
3. Veranlagung nach entsprechender Satzung mit Erzeugung der Beitragsbescheide und der Sollübergabe an die Stadtkasse.

Archivierung im System

Die benötigten graphischen Daten werden vom integrierten

PolyGIS eingelesen und aufbereitet sowie in Verbindung mit den aus ALB und weiteren Quellen ermittelten Eigentümerdaten dem jeweiligen Grundstück zugeordnet. Auf diese Weise besteht ein nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen der Datenquelle und den Grundlagen der Veranlagung jedes einzelnen Grundstückes. Dieser Zusammenhang wird über das



KIS ♦ Beitragsprogramm hergestellt und wie auch jeder einzelne, als gültig herausgegebener Beitragsbescheid, vom System archiviert.

Notwendige Bescheidkorrekturen werden vom System in den Grenzen der rechtlichen Zulässigkeit toleriert, führen zu einem korrigierten Bescheid sowie zu einer korrigierten Sollstellung und werden ebenfalls archiviert.

Satzungsänderungen

Satzungsänderungen werden ohne jegliche Programmeingriffe durch neue Berechnungsläufe abgebildet, die per eMail vom Programmhersteller kurz-

fristig innerhalb weniger Tage bereitgestellt werden. Alle zuvor durchgeführten Veranlagungen nach vormals gültigen Satzungsvorgaben bleiben davon unberührt. Das System KIS ♦ Beitrag ist modular aufgebaut, es kann sowohl Veranlagungen im Bereich von Straßenausbau und -erschließung, als auch im leistungsbundenen Bereich für Wasser- und Kanalbau problemlos abwickeln. Zunehmend wird auch nach dem Modul zur Erhebung von Beträgen im Bereich der Kostenerstattung für Ausgleichsmaßnahmen gefragt, wel-

ches im System freigeschaltet werden kann und in bereits bekannter Bedienungsumgebung die speziellen Veranlagungsgegebenheiten abwickelt. Für die Anwender ist das ein geschätzter Vorteil, man kennt sich in weiten Teilen der Programmläufe bereits aus, erkennt seine Satzungsvorgaben auf übersichtlichen Bildschirmen wieder und kommt schnell zum richtigen Ergebnis. **Informationen: www.o-s-k.de. Orgasoft Kommunal GmbH, Kirchplatz 7, 99425 Weimar, Tel. 036453/862-40 Servicebetrieb öffentlicher Raum Nürnberg, Bauhof 5/III, 90402 Nürnberg, Tel. 0911/231-4855.** □



Freischaltung von GeodatenOnline. Von links: Dr. Klement Aringer (Präsident des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation), Dr. Franz Dirnberger (Bayerischer Gemeindegeld), Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, Robert Ludwig (Finanzministerium). □

GeodatenOnline:

Moderner, kundenfreundlicher, größeres Datenangebot

Die Bayerische Vermessungsverwaltung (BVV) hat ihr Internetportal GeodatenOnline neu gestaltet und an den Internetauftritt der Bayerischen Staatskanzlei angeglichen. Außerdem stehen den Online-Kunden ab sofort mehr Funktionalitäten und ein erweitertes Produktangebot zur Verfügung. Staatssekretär Franz Pschierer schaltete das neue GeodatenOnline auf der Messe „Kommunale“ in Nürnberg frei.

GeodatenOnline wird von der BVV nun bereits seit 9 Jahren betrieben. Der kostenpflichtige Dienst wird derzeit durch mehr als 12.000 Fachanwendern aus Wirtschaft und Verwaltung genutzt. Der bisherige Fokus lag neben dem BayernViewer-plus besonders auf den Daten des Liegenschaftskatasters. Zusätzlich zum bisherigen Angebot können die Anwender jetzt auch Rasterdaten anderer Geobasisdaten beziehen. Konkret handelt es sich dabei um folgende Produkte:

- Digitale Orthophotos (DOP40)
- Digitale Ortskarte (DOK)
- Digitale Topographische Karte 1:25.000 (DTK25)
- Digitale Topographische Karte 1:50.000 (DTK50)
- Digitale Topographische Karte 1:500.000 (DTK500)
- Digitale Höhenlinienkarte

Die Rasterdaten werden in mehreren gängigen Datenformaten (TIFF, PNG, JPEG) angeboten und als georeferenzierbare Dateien (World File) abgegeben. Dies ermöglicht Fachanwendern, die Daten auch direkt in Geoinformationssystemen

weiterzuverarbeiten. Ein Ausbau des Rasterdatensortiments um weitere Produkte ist bereits in Arbeit.

Überarbeitetes Design

Auch das Design von GeodatenOnline wurde umfassend überarbeitet. Die Oberflächen-gestaltung ist nun moderner und benutzerfreundlicher. Folgende Funktionserweiterungen machen die Bedienung transparent und einfach:

- strukturierte Registrierung von Neukunden
- übersichtlicher Bestellprozess
- einfacher Download mit Statusverfolgung der aktuellen Bestellungen
- automatisierte Passwortgenerierung, falls der Kunde sein Altes vergessen hat
- effizientere Bildschirmnutzung.

Darüber hinaus steht für weiteren Informationsbedarf eine Rubrik zu häufig gestellten Fragen (FAQ), ein Online-Kontaktformular sowie die Service-Hotline (0892129-1111) zur Verfügung. □

wand bei der BA technisch betrieben und gepflegt. UND die Neuentwicklung ALLEGRO, deren Fertigstellung für 2014 geplant ist, soll ca. 100 Millionen Euro kosten. Nur wenn das Fachverfahren der BA den Anforderungen der Kommunen an Funktionalität, Qualität und Integrationsfähigkeit entsprechend verbessert würde, wäre es eine Lösung, die am Markt in den Wettbewerb mit anderen Produkten gehen könnte.

Vitako gibt darüber hinaus zu bedenken, dass A2LL heute mit Schnittstellen zum Finanzwesen, zum Datawarehouse etc. in die Systemlandschaft der BA eingepasst und nicht auf die Belange und kommunalpolitischen Steuerungsinteressen der Kommunen zugeschnitten ist.

Zentrale Speicherung

Zudem werden wichtige Planungs- und Steuerungsinformationen über die Einwohner einer Kommune über das Verfahren A2LL zentral in Nürnberg gespeichert und stehen den Kommunen nicht oder nur unzureichend in der erforderlichen Detaillierung und Kleinräumigkeit zur Verfügung. Dies wirkt sich nicht nur auf den Planungsbereich Arbeit aus. Vielmehr fehlen die Daten auch in verwandten Planungsbereichen wie der Sozial- und Jugendhilfepflege oder der Kindergar-

ten- und Schulbedarfsplanung. „Dezentrale IT-Lösungen können weit besser als die zentrale BA-Lösung in die informations-technische Landschaft der Kommunen eingebunden werden“, urteilt Vitako-Geschäftsführerin Wulff. Sie sind von aufbauorganisatorischen Lösungen unabhängig. Zudem können die Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes für vielfältige insbesondere planerische Aufgaben der Kommunen genutzt werden.

Neuorganisation als Chance

„Wir sehen die anstehende Neuorganisation des SGB II auch als Chance, die Daten rund um das SGB II wieder zu den Kommunen zurückzubringen. Gelingen kann dies, wenn die Kommunen selbst über ihre Softwarelösungen und damit die Daten zum SGB II verfügen können.“

Vitako ist die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister. Mehr als 50 Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen mit 7.000 Beschäftigten aus 14 Bundesländern bündeln in dem rechtsfähigen Verein ihr Know-how und stellen es den Kommunen zur Verfügung. Vitako berät und unterstützt die kommunalen Spitzenverbände bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in zahlreichen Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik. □

BITKOM zu Datendiebstahl im Schülernetzwerk

Zum aktuellen Angriff auf persönliche Daten von Schülern im Internet gab BITKOM-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder folgende Stellungnahme ab: „Cyber-Kriminelle spüren zunehmend digitale Identitäten aus. Vor diesem Hintergrund muss der Schutz der Nutzer allererste Priorität haben. Es muss umgehend untersucht werden, wie es zu dem Vorfall kommen konnte. Schüler VZ hat nach eigener Aussage die Maßnahmen gegen einen weiteren Datendiebstahl verschärft. Eine Wiederholung muss zuverlässig ausgeschlossen werden.“

In dem aktuellen Fall wurden zwar lediglich Daten zusammengetragen, die für Mitglieder des Online-Netzwerks frei zugänglich waren. Dennoch rät BITKOM den Eltern, ihre Kinder im Internet zu begleiten und mit ihnen auch über den Datenschutz zu sprechen. Rohleder: „Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist der Schutz der Privatsphäre besonders wichtig.“ Laut BITKOM geht es einerseits um Selbstschutz, indem man mit veröffentlichten Daten bewusst und im Zweifelsfall sparsam umgeht. Es geht aber auch um Fremdschutz, indem die Unternehmen Vorkehrungen treffen, um jederzeit den bestmöglichen Schutz der Daten zu gewährleisten. □

Leitfaden für effiziente IT-Lösungen

Der Hightech-Verband BITKOM und das Umweltbundesamt (UBA) haben einen neuen Leitfaden „Empfehlungen für die umweltfreundliche Beschaffung von Notebooks“ veröffentlicht. Mit der Broschüre gestalten Sie die öffentliche Ausschreibung und den Einkauf umweltfreundlicher Notebooks für Ihre Verwaltung künftig einfacher.

Die Broschüre liefert Vorschläge unter anderem für Beschaffungskriterien in den Bereichen Energieverbrauch, Materialeigenschaften und Geräuschemissionen bei Notebooks, die auch praxisnah dargestellt und erläutert werden. Der seit Juli 2009 gültige Energieeffizienz-Standard „Energy Star 5.0“ ist dabei bereits berücksichtigt.

Sie können den Leitfaden auf der Online-Plattform ITK-Beschaffung kostenlos herunterladen. Die Website ITK-Beschaffung.de bietet öffentlichen Auftraggebern Hilfe bei der Ausschreibung und dem Einkauf von ITK-Produkten. Diese Vorgänge sind oft komplex, schließlich müssen kommunale Entscheider viele rechtliche Vorgaben und Ansprüche an Umweltschutz und Vergaberecht erfüllen.

Die öffentliche Hand wird 2009 nach Schätzungen des High-Tech-Verbands BITKOM für Computer, Software und Dienstleistungen rund um IT und Kommunikation über 18 Milliarden Euro ausgeben. Dabei entfällt ein Großteil auf Software (4 Milliarden Euro) und Hardware wie Computer (2,3 Milliarden Euro). Zum Schutz der Umwelt empfiehlt der Hightech-Verband Bürgermeistern, sich noch stärker für energieeffiziente Produkte einzusetzen. □

Stellungnahme zur Neustrukturierung von Hartz IV:

Kommunen müssen Softwarehoheit behalten

**Bundesregierung muss jetzt schnell über die konkrete Umsetzung entscheiden
Zentrale Softwarelösung der BA ist für die dezentrale Umsetzung gegenwärtig noch nicht geeignet**

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss bis zum 31. Dezember 2010 eine verfassungskonforme Lösung für die Aufgabenwahrnehmung nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) beziehungsweise Hartz IV gefunden werden. In dem am 26. Oktober unterzeichneten Koalitionsvertrag erklären die Regierungsparteien, dass die Wahrnehmung dieser Aufgaben in getrennter Trägerschaft von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen erfolgen soll. Das Modell der Optionskommunen, die alle Hartz-IV-Aufgaben eigenständig erledigen, bleibt bestehen.

Vitako, die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister, dringt auf eine schnelle Präzisierung dieser Festlegungen. Vitako fordert die neue Bundesregierung auf, für das zentrale Themenfeld der künftigen Softwarelösungen klare Aussagen zu formulieren. Nur dann sind Kommunen und deren IT-Dienstleister in der Lage, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen und ab 1. Januar 2011 weiterhin ein kompetentes Serviceangebot für die betroffenen Bürger zu leisten.

Unbegründete Befürchtungen

„Befürchtungen, am 1. Januar 2011 breche das Chaos in deutschen Kommunen aus, sind unbegründet“, erklärt Vitako-Geschäftsführerin Marianne Wulff,

denn: Verschiedene informationstechnische Lösungen und IT-gestützte Prozesse im SGB II-Umfeld sind in der Praxis bereits erprobt. „Allerdings gilt dies nur unter der Voraussetzung rascher weiterer politischer Entscheidungen“, so Wulff. Denn auch vorhandene Lösungen erfordern für die termingerechte Implementierung und einen reibungslosen Übergang in jeder einzelnen Kommune ausreichend Zeit.

Bewährte Alternativen

Die Entscheidung über Auswahl und Einsatz von IT-Lösungen muss nach Auffassung von Vitako in jedem Fall den zuständigen SGB II-Trägern überlassen bleiben. Eine verpflichtende zentrale Lösung auf der Basis der von der Bundesanstalt

für Arbeit (BA) eingesetzten Softwarelösung A2LL in ihrer gegenwärtigen Funktionalität und Qualität lehnt Vitako entschieden ab. Am Markt sind verschiedene alternative Softwarelösungen verfügbar. Sie haben sich seit Jahren in den Optionskommunen und den Kommunen bewährt, die die Aufgaben bereits in getrennter Trägerschaft erledigen. Diese Fachverfahren werden mit großem Erfolg zur Zufriedenheit der Beschäftigten und der Bürger und Bürgerinnen genutzt. Da die vorhandenen Softwarelösungen auch Arbeitsprozesse abbilden, erleichtert und beschleunigt ihre Nutzung zudem den organisatorischen Umbau im Zuge der Neustrukturierung.

Hoher Aufwand

Eine Verwendung von A2LL auf kommunalen Rechnern, also außerhalb der Systemlandschaft der Bundesanstalt für Arbeit, scheidet nach Auffassung von Vitako bei der gegenwärtigen Qualität von A2LL vollkommen aus und ist auch nicht erforderlich. Das Verfahren A2LL wird mit extrem hohem Auf-

Druckfrische AKDB-Chronik:

Vier erfolgreiche Jahrzehnte kommunale IT

Auf der Kommune 2009 in Nürnberg stellte die AKDB das Buch „Die AKDB-Chronik – Von der Lochkarte zum eGovernment“, vor. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, würdigte das Werk des Autors Alfred Trageser, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der AKDB und „Mann der ersten Stunde“. Er dankte ihm in einer kurzen Ansprache persönlich für dieses interessante zeitgeschichtliche Werk und lobte die AKDB als kompetenten Partner von Städten, Gemeinden und Landkreisen: „Die AKDB weiß eben, wie Kommunen ticken!“

Die 264 Seiten umfassende Publikation dokumentiert den spannenden Wandel der kommunalen IT-Landschaft von 1971 bis heute. Berichtet wird von vier Jahrzehnten erfolgreicher Arbeit für Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke unter der Trägerschaft der kommunalen Spitzenverbände. Berücksichtigt werden aber auch die Anfänge kommunaler Datenverarbeitung in Bayern und Deutschland.

Eine Ära beginnt

Dazu schreibt Trageser: „Vor- ausgesetzt, die konventionelle Lochkarten- und Röhrentechnik, die aktuelle Technologie jener Zeit, kann als ‚Datenverarbeitungstechnik‘ bezeichnet werden, dann beginnt das Zeitalter kommunaler Datenverarbeitung in der Bundesrepublik bereits 1947...“ Im selben Jahr

begann auch in Bayerns Kommunen die Ära der EDV, wie Trageser vermerkt. Die ersten Projekte seien in Nürnberg, Augsburg und München durchgeführt worden.

Bewährungsprobe

Am 12. Mai 1971 wird die AKDB als landesweite Anstalt des öffentlichen Rechts mit zunächst knapp 20 Mitarbeitern gegründet. Derzeit sind in der AKDB Gruppe knapp 850 Mitarbeiter beschäftigt. Bis heute hat es grundlegende Veränderungen in den öffentlichen Verwaltungen gegeben: weniger Hoheitsverwaltung, mehr Dienstleistungskommune. Die Produktivität in der Tagesarbeit hunderttausender Kommunalbeschäftigter ist enorm gestiegen. Die erste große Bewährungsprobe für die AKDB war die Gebietsreform in Bay-

ern. In den Folgejahren errichtete die Anstalt Niederlassungen mit eigenen Bürogebäuden in allen sieben Regierungsbezirken. Die größte Geschäftsstelle außerhalb Münchens befindet sich in Bayreuth, dort ist auch das zentrale Service-Rechenzentrum der AKDB untergebracht.

Kommunalalltag

Sachbearbeiter und Führungskräfte diktierten einer Schreibkraft direkt in den Notizblock. So gestaltete sich der Kommunalalltag in den 70er Jahren. In den 80er Jahren ermöglichten Mehrplatzsysteme in den Verwaltungen EDV-Unterstützung im Publikumsverkehr durch Dialogverfahren, z. B. in den Einwohnermeldeämtern und Kfz-Zulassungsstellen, aber auch in den Krankenhäusern.

Zu Beginn der 90er Jahre lösten verstärkt PC und PC-Netze an immer mehr Arbeitsplätzen die Terminals ab. Daten- und Textverarbeitung wuchsen zusammen, Sachbearbeiter bis hin zur Chefebene tippten das Schriftgut selbst auf der Tastatur des PC ein. In vielen Ver-

waltungen führte dies freilich zu heftigen Diskussionen. Schnell weiterentwickelt haben sich zur Jahrtausendwende interne und externe Netze, d. h. elektronische Behördenwegweiser der Staats- und Kommunalverwaltung, kommunale Behördennetze, die von den Landkreisen gemeinsam mit ihren Gemeinden betrieben werden sowie das Bayerische Behördennetz.

Dutzende Fachverfahren

Über die Jahrzehnte hat die AKDB, wie in der Publikation deutlich wird, für ihre kommunalen Kunden Dutzende Fachverfahren entwickelt und ständig weitergepflegt. Ob Einwohnermeldeamt oder Personalstelle, Jugend- oder Sozialamt, Steueramt oder Stadtkasse, ob am Wahlabend zur Auswertung von Stimmzetteln oder für die zügige Bereitstellung der Wahlergebnisse im Internet, ob Baugenehmigungen oder standesamtliche Eheschließungen: Alle Fach- oder Querschnitts-Ämter erledigen ihre Aufgaben mit Fachsoftware.

Tochtergesellschaften

Die AKDB kooperiert mit der Datenzentrale Schleswig-Holstein in Kiel (seit 2004 Data- port) und mit der Datenzentrale Baden-Württemberg in Stuttgart. Sie hat insgesamt vier GmbHs als Tochtergesellschaften gegründet: Die DVKS im sächsischen Freiberg für Sachsen und Thüringen, die Living-Data mit Sitz in München als Systemhaus für die bayerischen Kunden, die TERA-Kommunalsoftware als Entwicklungshaus für grundstücksbezogene Software und die kommIT mit Sitz in Köln, als Vertriebsge-



Buchpräsentation auf der Kommune. V. l.: Geschäftsführer der Direktor Alexander Schroth (AKDB), Gemeindegastpräsident Dr. Uwe Brandl, Autor Alfred Trageser, Michael Sedlmair, Erster Bürgermeister Ismaning und Vorsitzender der Hauptversammlung sowie Direktor Rudolf Schleyer (AKDB). □

sellschaft der AKDB-Produkte außerhalb Bayerns.

Gute Zukunft

Tragesers Fazit: „Ohne EDV könnte keine Kommune, kein kommunales Unternehmen oder sonstige von den Kommunen gesteuerte Einrichtung auch nur annähernd ihre anspruchsvollen Dienstleistungen erbringen.“ Dass die AKDB einer guten Zukunft entgegensehen kann, steht für den Autor außer Frage.

Innovative Leistungen

Es gebe mehrere Faktoren, die bestimmend sind „für die weitere positive Entwicklung dieses öffentlich-rechtlich organisierten Unternehmens mit Gemeinwohlcharakter“. So gehörten die IT-Branche im Allgemeinen und die Entwicklungshäuser von Softwarelösungen im Besonderen mit ho-

her Wahrscheinlichkeit zu den wachsenden Wirtschaftszweigen. IT-Produkte und -Dienstleistungen werden Trageser zufolge auch in Zukunft von den bayerischen und deutschen Kommunen benötigt. Die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der AKDB werde deshalb mittel- und langfristig eher zu- als abnehmen. In Fachkreisen sei zudem weithin unbestritten, dass die gesamte öffentliche Verwaltung und als ihr wesentlicher Teil die Kommunalverwaltung die Informationstechnik künftig noch stärker als bisher nutzen wird, um die Verwaltungsmodernisierung weiter voranzutreiben.

„Die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken und sie mit innovativen Leistungen in die Informations- und Wissensgesellschaft zu begleiten, wird deshalb auch in Zukunft die zentrale Aufgabe der AKDB sein“, so Tragesers abschließende Bewertung. **DK**

eGovernment-Wettbewerb in Berlin:

1. Platz für Coburgs „Digitales Stadtgedächtnis“

Die Stadt Coburg ist beim 9. eGovernment-Wettbewerb in Berlin für ihr „digitales Stadtgedächtnis“ in der Kategorie „Service für die nächste Generation“ ausgezeichnet worden. Dieses deutschlandweit einmalige Projekt ermöglicht Bürgern, private Erinnerungen, alte Fotos und Filme auf eine städtische Internetseite zu stellen. – Geschichte einmal anders.

Jeder Coburger Bürger kann über eine Eingabemaske Bildmaterial oder Briefe und Geschichten in die Plattform einpflegen oder seine eigenen Erlebnisse schildern. So entsteht ein lebendiges Bild des historischen und des gegenwärtigen Coburg. Partner dieses Projekts sind aktuell die Stadtverwaltung, das Stadtarchiv, das Staatsarchiv Coburg, die Landesbibliothek Coburg, die Kunstsammlungen der Veste Coburg, die Historische Gesellschaft Coburg e. V., das AWO-Mehrgenerationenhaus, die Initiative Stadtmuseum, der Tourismus Coburg, die Hochschule Coburg, Gymnasien, der Kultur- und Schulservice und die herzogliche Hauptverwaltung.

Direkte Mitgestaltung

Mittels Web 2.0-Technologien wird den Coburgern die di-

rekte Mitgestaltung ihres neuen Stadtarchivs eröffnet. Auf der eigens dafür vorgesehenen Internetplattform ist es möglich, die Inhalte des Stadtgedächtnisses aktiv mitzubestimmen sowie eigene kleine Bildarchive und individuelle Geschichten mit einzubringen.

Technische Neuerungen

Das Projekt beinhaltet viele technische Neuerungen: Die Schwerpunkte liegen dabei in der vielfältigen Darstellung der dynamischen Einträge: Zeitstrahl (Timeline), Stadtkarte (Verortung auf Google Maps) und Archiv - und einer langfristig sicheren Datenhaltung. Zudem erleichtert eine mächtige Suchfunktion den direkten Einstieg in bestimmte Themen.

Viel Zeit und Mühe wurde in ein leicht zu pflegendes Con-

tentmanagement-System (contentXXL ASP.NET) investiert, das die Arbeit der Redakteure, Chefredakteure und Admins erleichtert. Komplexe Kategorisierungen und Verknüpfungsmöglichkeiten der verschiedenen Inhalte bilden die Basis für die nächsten Ausbaustufen.

Gespeicherte Erinnerungen

Mit dem Coburger Ansatz werde dank zeitgemäßer IuK-Technologien der generationsübergreifende Zusammenhalt der Coburger gestärkt, heißt es in der Würdigung des Preisgerichts. Die Erinnerungen und Geschichten der Bürger gehen durch die Plattform nicht verloren. Im Gegenteil. Sie leben im digitalen Gedächtnis weiter und sind auch den nächsten Generationen zugänglich.

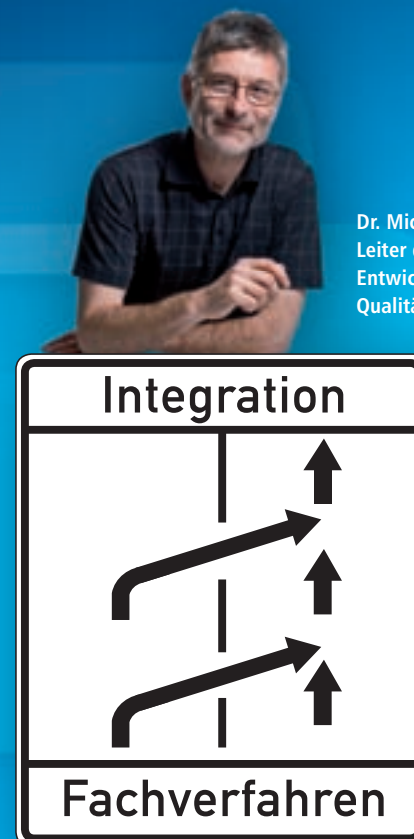
Wichtiger Einsatz

Bereits zum neunten Mal fand der eGovernment-Wettbewerb für Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft von Dr. Wolfgang Schäuble statt. Der Wettbewerb soll verdeutlichen, wie wichtig der Einsatz von Internet-Technologien in der Öffentlichen Verwaltung - jetzt und in Zukunft - ist. Internet-Technologien ermöglichen die Modernisierung der Öffentlichen Verwaltung und steigern damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Sieben Kategorien

In insgesamt sieben Kategorien wurden verschiedene Projekte ausgezeichnet, die eine kreative und innovative Verwaltungsmodernisierung mit Hilfe von eGovernment vorantreiben. Die Beurteilung der Bewerber erfolgte durch eine unabhängige Jury, bestehend aus Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. **DK**

Software, die dem Menschen dient!



Dr. Michael Kempf,
Leiter der AKDB-Abteilung
Entwicklung und
Qualitätsmanagement.

Sie wollen Ihre Verwaltung schneller, effizienter und bürgernäher machen. Durch die Integration aller Fachverfahren zu einer ineinandergreifenden Lösung schaffen Sie das. Mit unserer OK.Produktfamilie fließt Ihr Datenverkehr reibungslos und wird zu einer leistungsstarken Einheit.

Die AKDB ist als IT-Unternehmen führend in der Entwicklung und Integration von Software und eGovernment – für eine moderne Verwaltung. Sprechen Sie mit uns und unseren Partnern.

AKDB

www.akdb.de

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

discuss & discover:

Der Grundstein für 2010 ist gelegt

Zum Abschluss der ersten discuss & discover zieht die Messe München ein positives Resümee zur Premiere der neuen Business-to-Business-Veranstaltung für die IT-Industrie: bei den Besucherzahlen wurden die hoch gesteckten Ziele zwar nicht erreicht, doch die Bewertungen der Teilnehmer und Besucher attestieren dem neuen Event ein hohes Qualitätsniveau und ein großes Potenzial, sich zur wichtigsten Bühne für die IT-Industrie zu entwickeln.

So bewerteten 75 Prozent der von infratest befragten Besucher das Angebot in verschiedenen Modulen positiv. Für einen erfolgreichen Wachstumspfad spricht aber auch der hohe Anteil an Entscheidern, die nach ersten Analysen der Besucherstruktur 80 Prozent ausmachten. Rund 30 Prozent konnten sogar der ersten Führungsebene in den Unternehmen zugerechnet werden. □

Symposium „Zukunftsperspektiven für den Landkreis Miltenberg“:

Basis für wirtschaftliche erfolgreiche Zukunft gelegt

100 Teilnehmer des Symposiums „Zukunftsperspektiven für den Landkreis Miltenberg“ haben jüngst fünf Stunden lang an der Zukunft des Landkreises Miltenberg mitgearbeitet. Ziel der vom Landkreis Miltenberg organisierten Veranstaltung im Eisenfelder Bürgerzentrum war es, Handlungsvorschläge zu erstellen, mit denen der Wirtschaftsstandort Landkreis Miltenberg nachhaltig gestärkt werden kann.

Landrat Roland Schwing hatte eingangs der Veranstaltung darauf hingewiesen, dass kleinteiliger Lokalpatriotismus nicht weiter helfe; vielmehr gelte es, alle Kräfte auf regionaler Ebene zu bündeln.

Zur Prognos-Studie 2007, in der Landkreis im Vergleich zur Studie 2004 um 22 Plätze auf Rang 285 zurückgefallen war (unter 439 Städten und Landkreisen) sagte Schwing, dass Prognos damals einen „ausgeglichene Chancen- und Risikomix“ konstatiert hatte. Der Landkreis habe aber schon frühzeitig angepackt und würde vermutlich viel schlechter dastehen, wenn er nicht schon so viele Veränderungen eingeleitet hätte. Beispielhaft wies er auf die vor 13 Jahren gegründete Initiative Bayerischer Untermain hin, mit der man sich als „Region der Kooperation“ positioniert habe. Die Bilanz sei Schwing zufolge positiv.

Im Anschluss oblag es zunächst Professor Dr. Erich Ruppert, Entwicklungstrends in der wirtschaftlichen Struktur, in der demografischen Entwicklung und der Bildung im Landkreis Miltenberg aufzuzeigen. Der an der Hochschule Aschaffenburg lehrende Wirtschaftswissenschaftler legte

dar, dass der Landkreis Miltenberg im überregionalen Vergleich eine günstige Ausgangsposition erreicht habe. Hohe Produktivität, rasches Wachstum, gute Arbeitsplatzausstattung, geringe Arbeitslosigkeit – diese Faktoren trafen auf den Landkreis zu. Die aktuelle Krise, so Ruppert, treffe den Landkreis eher stark. Dies liege unter anderem an den Industrieschwerpunkten wie Maschinenbau, Elektro-, Mess- und Regeltechnik, die stark vom Export und von der Automobilindustrie abhängen. Rupperts Fazit: „Die Chancen für eine Erholung nach der Krise sind gut.“

Gestiegene Arbeitslosigkeit

Er wies auch darauf hin, dass die Krise im Landkreis bereits kräftig zugeschlagen habe, was man an der binnen Jahresfrist um rund 40 Prozent gestiegenen Arbeitslosenquote sehen könne – sie lag im September 2009 bei 4,7 Prozent gegenüber 3,4 Prozent im September 2008. Die Quote der Schüler mit Hochschulreife liege im Landkreis leicht unter dem bayerischen und deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, ging Ruppert auf die Bildung ein. Insgesamt liege die Abi-

turientenquote im Landkreis bei 30 Prozent, wenn man die Abiturienten dazurechnet, die in Nachbarlandkreisen zur Schule gehen. Ruppert nannte einige Handlungsmöglichkeiten, wie der Landkreis versuchen könnte, diese Quote zu steigern. Er schlug vor, auf qualitativ hochwertige Angebote im Vor- und Grundschulalter zu achten und Kinder früh zu fördern, in deren Elternhaus zumindest ein Elternteil kein Deutsch-Muttersprachler ist. Wichtig sei auch, die Pendelmöglichkeiten für Schüler zwischen Landkreisen nicht auf dem Verwaltungsweg zu bremsen – die Möglichkeit der Schülerbewegung baue Barrieren zu höheren Bildungsabschlüssen ab.

Dienstleistungen

Die Dienstleistungsquote werde Ruppert zufolge im Zeitablauf durch die Vergabe von Aufträgen an Dienstleister außerhalb der Unternehmen („Outsourcing“) steigen. Zudem würden lokale Dienste im Gesundheits- und Wellness-Bereich an Bedeutung gewinnen. Auch das Tourismuskonzept sowie das seniorenpolitische Gesamtkonzept im Landkreis seien positive Ansätze, so dass überhaupt kein Grund bestehe, „in kollektive Depression zu verfallen.“

Dr. Rainer Behrend vom Behrend-Institut Frankfurt analysierte die Stärken und Schwächen des Landkreises Miltenberg, basierend auf einer Umfrage unter 15 Unternehmen der Region. Demzufolge zählt vor allem die Nähe des Landkreises zur Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu den Stärken des Kreises. Diese Einschätzung nimmt Behrend zu-

folge ab, je kleiner die Unternehmen sind. Auch mit der Vielzahl innovativer, technologieorientierter und eigentümergeführter Firmen mit ihrer guten regionalen Vernetzung könne der Kreis punkten, ebenso mit der attraktiven Landschaft und dem im Rhein-Main-Vergleich günstigen Kostenniveau bei Gewerbeflächen, Immobilien, Löhnen und Lebenshaltungskosten.

Verkehrsinfrastruktur

Als größte Schwäche hätten die befragten Unternehmer die Verkehrsinfrastruktur in Teilen des Landkreises genannt – beispielsweise im Süden und im Spessart. Die schlechte Breitbandversorgung in einzelnen Gemeinden wurde kritisiert, aber auch die interkommunale Zusammenarbeit könnte nach Meinung der Firmen besser sein. Letztgenannter Punkt ist Behrend zufolge aber wohl darauf zurückzuführen, dass positive Ansätze nicht genügend nach außen kommuniziert werden. Auch sei die Region insgesamt zu wenig bekannt, monierten die Unternehmer.

Als Chancen für den Landkreis nannte der selbstständige Berater die Bildung wirtschaftlicher Schwerpunkte, speziell in der Automation. Zudem böten die intakte Industriestruktur, die Vielzahl technologiebasierter Dienstleistungen, die ZENTEC sowie Kostenvorteile gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von wissensintensiven Dienstleistungen, die ihre Leistungen verstärkt exportieren. Wachstumspotenzial sah der Fachmann auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft, insbesondere der Medizintechnik, der Telemedizin und bei personenbezogenen Dienstleistungen. Chancen sah er zudem in der Naherholung und dem Tagestourismus. Der Landkreis sei aufgrund der hohen Lebensqualität, der geringen Kriminalitätsrate und der hohen Wirtschaftskraft auch attraktiv für Familien. □

AG Fränkische Oberbürgermeister:

Warten auf BayernFit

Auf der umfangreichen Tagesordnung eines Treffens der Arbeitsgruppe Fränkische Oberbürgermeister stand neben dem Bau eines Factory Outlet Centers in Herrieden im Landkreis Ansbach erneut die geplante BayernFIT GmbH. Sie sei, so der AG-Vorsitzende, Erlangens OB Dr. Siegfried Balleis, für die Europäische Metropolregion Nürnberg als Technologie- und Wissenschaftsstandort von größter Bedeutung.

Mit der BayernFit GmbH plant die Staatsregierung bereits seit Juli vergangenen Jahres eine gut ausgestattete und bayernweit operierende Service- und Beratungseinrichtung für Hochschulen und Unternehmen zu schaffen, in der die Fördermittelsuche- und beratung für alle bayerischen Forschungsprogramme, Bundesprogramme und EU-Förderung bayernweit konzentriert werden soll. In einer Regierungserklärung vom Juli 2008 hatte der damalige Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein die Ansiedlung dieser neuen Einrichtung mit 120 Mitarbeitern in Nürnberg angekündigt. Ihr Betrieb soll aus einem zweckgebundenen Fonds in Höhe von 100 Millionen Euro finanziert werden. Bedauerlicherweise, so Balleis, sei bis heute nichts aus dem Vorhaben geworden.

Nein zum Factory Outlet Center

Deutlich mit „Nein“ votierten die Rathauschefs dagegen in punkto Bau eines Factory Outlet Centers in Herrieden. In diesem Zusammenhang formulierte die Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung an das Bayerische Wirtschaftsministerium. Darin fordern die fränkischen Stadtoberhäupter, auf die geplante Lockerung des Landesentwicklungsprogramms zu verzichten und die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsunternehmen auf der grünen Wiese generell nicht zuzulassen.

Aus aktuellem Anlass beschäftigten sich die Kommunalpolitiker auch mit der Frage, wie den beim Landratsunternehmen Quelle entlassenen Beschäftigten bei der Arbeitsplatzsuche geholfen werden kann. Darüber hinaus wurde erörtert, welche Folgen eine zunehmend älter



Landrat Franz Xaver Uhl (links) mit dem neuen Regionalmanager Hans-Dieter Popp und der neuen Pressechefin des Landratsamts, Katja Kölbl.

Foto: Falk

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Regionalmanager mit reicher Erfahrung

Weißenburg (wefa) – Der westmittelfränkische Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen setzt seine Hoffnungen auf einen Regionalmanager mit reicher Erfahrung. Er soll ein Regionalentwicklungskonzept und konkrete Projekte auf den Weg bringen.

Landrat Franz Xaver Uhl hat sich für den 64-jährigen Experten Hans-Dieter Popp entschieden, zumal man seiner Ansicht schnell in die Gänge kommen muss, um die Region im Fränkischen Seenland und Naturpark Altmühltal wirksam zu positionieren.

Popp, der aus Bergheim im Odenwald stammt, hat in den letzten Jahrzehnten als Geschäftsführer zweier Naturparke und verschiedener Naturschutzorganisationen in Hessen und Bayern viel Erfahrung. Zuletzt war er alleiniger Gesellschafter der „Futour-Umwelt-, Tourismus- und Regionalberatung“ in München mit Büros in Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen. Er hat sich vielfach als ideenreicher Regionalmanager

hervor getan. So hat er die Marke „Rhöner Schaf“ kreiert und dem Biosphärenreservat Rhön zu seiner weitreichenden Geltung verholfen.

Die größten Probleme sieht der Landrat in der Vermarktung seines Landkreises. Er sucht nach Alleinstellungsmerkmalen. Sie gibt es in Ansätzen (Altmühl- und Brombachsee, Limes, Stein- und Kunststoffindustrie), aber sie müssen seiner Ansicht nach so plakativ herausgestellt werden, dass daraus eine Dachmarke entsteht, die überregional Beachtung findet. Auch der umständliche und wenig eingängige Doppelname Weißenburg-Gunzenhausen ist für den CSU-Politiker kein Tabu auf dem Weg, den Landkreis wirkungsvoller zu positionieren. □

„Lange Nacht der Wissenschaften“:

Von Archäologie bis Zahnmedizin

In die vierte Runde ging vor kurzem die „Lange Nacht der Wissenschaften“ in den Großstädten Nürnberg, Fürth und Erlangen. Rund 20.000 Erwachsene und viele tausend Kinder nutzten begeistert die interessanten Angebote. Über 5.000 Wissenschaftler stellten ihre Arbeit vor. Mit insgesamt über 750 Programmpunkten an 130 Veranstaltungsorten präsentierte sich die Wissenschaftsnacht heuer mit einem noch stärkeren Angebot als die Jahre zuvor.

Führungen, Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen, Rundgänge, Experimente und Praxisbeispiele wurden am 20. Oktober in der Zeit zwischen 18 und 1 Uhr angeboten, um den Besucher die Faszination von Forschung und Lehre erleben zu lassen. Alle regionalen Hochschulen und viele forschungsaktive Unternehmen sowie kommunale Einrichtungen zeigten, woran hier geforscht, welche Studienvielfalt geboten wird und welche Möglichkeiten Berufsanfängern offen stehen. Überall wurden die engagierten Partner mit bohrnden Fragen und glänzenden Augen der Gäste belohnt. „Eine wunderschöne Nacht für alle“, resümierte Ralf Gabriel von der organisierenden Kulturidee GmbH.

Bevor die „Lange Nacht der Wissenschaften“ von Vertretern der Staatsregierung, den Hochschulleitern der Universität und der Ohm-Hochschule, dem Rektor der Diakonie und den Stadtspitzen von Nürnberg, Fürth und Erlangen offiziell eröffnet wurde, klang das Kinderprogramm des Nachmittags mit überwältigendem Zuspruch bereits aus.

Fragestellungen wie zum Beispiel, warum der Gecko auf der Decke laufen kann, oder was einen Schokokuss zum Plätzen

bringt, begeisterten tausende Kinder genauso wie lehrreiche Teststrecken mit der Seifenkiste oder das begehbare Herz im Uniklinikum. In der Universitätsbibliothek konnten verschiedene persönliche Lange Nacht-Souvenirs gebastelt werden, im Kollegienhaus gab es Gelegenheit, ein Le-sezeichen mit dem eigenen Namen in chinesischen Schriftzeichen zu verzieren oder bei einem Kameraworkshop selbst zu filmen und zu moderieren. In der Nacht selbst überwogen die Schüler und Studenten, die sich aus den zahlreichen Programmpunkten ihre Höhepunkte herauspickingen. Dazu gehörte die letzte Zaubervorlesung des Chemikers „Magic Rudi“.

Mit über 400 Programmpunkten war die Universität Erlangen-Nürnberg erneut größter Anbieter. Institute und Lehrstühle aller fünf Fakultäten, das Uni-Klinikum sowie weitere universitäre Einrichtungen öffneten zur Wissenschaftsnacht ihre Türen und luden neugierige Nachtschwärmer ein, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Die Besucher erwartete auch hier ein attraktives Programm aus Geistes- und Naturwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Medizin und Technik. **DK**

Landkreis Fürth:

Jobbörse für Quelle-Mitarbeiter

Weil die angekündigten Entlassungen nach dem Aus von Quelle auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Landkreis Fürth treffen, sichert ihnen Landrat Matthias Dießl Unterstützung zu: So wurde jetzt auf der Homepage des Landkreises Fürth (www.landkreis-fuerth.de) eine Jobbörse für Quelle-Mitarbeiter aus dem Landkreis Fürth gestartet. In dieses Online-System, das mit einer Pinwand vergleichbar ist, können Quelle-Mitarbeiter kostenlos ein Stellengesuch veröffentlichen. Die Annoncen erscheinen dann sowohl auf der Landkreis Homepage sowie als kostenlose Anzeige im Landkreismagazin des Landkreises Fürth.

„Es geht jetzt darum, die von Arbeitslosigkeit bedrohten Quelle-Mitarbeiter schnell wieder in Beschäftigung vor Ort zu bringen. Wir hoffen, dass wir mit dieser Jobbörse einen unkomplizierten Kontakt zwischen Arbeitssuchenden und der regionalen Wirtschaft herstellen können“, erläutert Landrat Matthias Dießl. Er ruft zugleich alle Betriebe auf, die Jobbörse auf den Landkreis-Seiten zu besuchen und nach Möglichkeit Quelle-Mitarbeiter bei Stellenbesetzungen zu berücksichtigen. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Startschuss für gemeinsames neues Unternehmen

Kreistage Traunstein und Berchtesgadener Land beschloss Fusion der „Kliniken Südostbayern AG“

Waging am See. In einer gemeinsamen Sitzung im Waginger Kurhaus beschlossen die Kreistage Traunstein und Berchtesgadener Land bei nur einer Gegenstimme die Fusion der Kreiskliniken Traunstein-Trostberg GmbH und der Kliniken des Landkreises Berchtesgadener Land GmbH einschließlich der Aktionärsvereinbarung und Satzung der AG. Damit fiel der Startschuss für die neue gemeinsame Krankenhaus AG.

Das neu entstandene Unternehmen, das rückwirkend zum 1. Januar 2009 eingetragen wird, trägt künftig den Namen „Kliniken Südostbayern AG“. Designierter Vorstand der AG ist der bisherige Geschäftsführer beider GmbHs, Stefan Nowack. „Für die Zukunft ist entscheidend, dass aus zwei

Zustimmung zur Fusion der Krankenhäuser in Traunstein, Trostberg, Bad Reichenhall, Berchtesgaden und Freilassing gewonnen. Sie zählten Gründe für die Fusion auf wie die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und der Arbeits- und Ausbildungsplätze, Verbesserung der

für das Berchtesgadener Land und zwei Drittel für Traunstein festzulegen. Wie bereits die beiden bisherigen Klinik-GmbHs wird auch das zukünftige Unternehmen gemeinnützig sein. Dies bedeutet, dass das Unternehmen in erster Linie nicht gewinnorientiert ist, keine Gewinne an die Gesellschafter ausschütten wird, mögliche erwirtschaftete Erträge in der Gesellschaft bleiben und zur Finanzierung von Gebäuden oder medizinischen Einrichtungen und Gerätschaften verwendet werden.

Erfolgsfaktor Mitarbeiter

In einem Personalüberleitungsvertrag, der mit den Betriebsräten ausgehandelt wurde, wurden betriebsbedingte Kündigungen oder Versetzungen ohne Zustimmung des Betroffenen im Rahmen der Fusion ausgeschlossen. Die Betriebsräte bleiben erhalten, lediglich der Gesamtbetriebsrat wird neu gebildet. Unabhängig von diesem Personalüberleitungsvertrag hoben Steinmaßl und Grabner hervor, wie wichtig die Mitarbeiter aller fünf Häuser als Erfolgsfaktor für das neue Unternehmen seien. Im Klinikbereich käme es besonders auf die Leistungen der Ärzte, des Pflegepersonals und der übrigen Mitarbeiter an.

Nur durch entsprechend qualifiziertes Personal könne auf Dauer eine Klinik erfolgreich arbeiten, stellten sie fest. Der Personalüberleitungsvertrag sei daher ein wichtiges Signal für alle Mitarbeiter in den Kliniken, denn nur zusammen mit ihnen könne auf lange Sicht ein erfolgreiches Unternehmen gestaltet werden.

Balance halten

Bei der Zusammenarbeit der fünf Klinikstandorte gelte es, die Balance zu halten zwischen der örtlichen Selbstständigkeit der einzelnen Häuser und einer einheitlichen Gesamtstruktur der Kliniken Südostbayern AG, betonten beide. Die berechtigten Interessen der Krankenhäuser müssten dabei berücksichtigt werden. Gleichzeitig müsse jedoch auch das überörtliche Gesamtinteresse der Gesellschaft Berücksichtigung finden. „Dieser Spagat wird eine der großen Herausforderungen des Vorstandes und des neu bestellten Aufsichtsrates sein“, sagte Steinmaßl.

Großer Arbeitgeber

Mit der „Kliniken Südostbayern AG“ entsteht einer der größten Arbeitsgeber in der Region mit über 3100 Mitarbeitern, rund 400 Ärzten, 1500 Pflegekräften und 1200 sonstigen Mitarbeitern in der Verwaltung, Technik, Küche, Reinigung usw. Die Klinik-AG verfügt über rund 1200 Betten, 86 Intensivbetten und 25 Operationssäle. Sie versorgt ca. 47.000 stationäre Patienten im Jahr.

Das Gesamtbudget der fünf Krankenhäuser lag 2008 bei etwa 143 Millionen Euro. Das Grundkapital der AG wurde auf 10,1 Millionen Euro festgelegt, das auf zwei Aktien im Verhältnis zwei Drittel (Traunstein mit 6,667 Millionen Euro) zu einem Drittel (Berchtesgadener Land mit 3,333 Millionen Euro) aufgeteilt ist. Dem Aufsichtsrat gehören 21 Mitglieder an. Auch hier gilt die Aufteilung zwei Drittel zu einem Drittel. In der Satzung ist ferner festgelegt, dass der Gewinn nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden darf. **Bjr**



Nachdem sie durch das überwältigende Votum beider Kreistage die Vollmacht erhalten hatten, unterzeichneten die Landräte Hermann Steinmaßl (rechts) und Georg Grabner (links) die Aktionärsvereinbarung. Erfreut darüber war der designierte Vorstand der neuen Aktiengesellschaft, Stefan Nowack. □

Krankenhäuser GmbHs ein gemeinsames Krankenhausunternehmen entsteht, das zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger bei der Landkreise wirkt, seien es Patientinnen oder Patienten, Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter“, erklärte der Traunsteiner Landrat Hermann Steinmaßl. Sein Berchtesgadener Kollege Georg Grabner meinte, die Kliniken Südostbayern AG müsse die maßgebliche stationär-medizinische Versorgungseinrichtung im Bereich zwischen Chiemsee und Königssee und eventuell auch darüber hinaus werden.

In einer gemeinsamen Rede hatten die beiden Landräte für die

Behandlungsqualität und Wirtschaftlichkeit, Bündelung der Kompetenzen und Ausbau der Marktstellung beim Verhandeln mit Förderstellen, Krankenkassen, Lieferanten usw.

Trägerschaft erhalten

Ein besonderes Anliegen war ihnen der Erhalt der kommunalen Trägerschaft, indem die beiden Landkreise die alleinigen Gesellschafter der gemeinsamen Gesellschaft sind. Die Unternehmensbewertung durch eine unabhängige Gutachterfirma hatte die Empfehlung ergeben, die Unternehmensanteile von einem Drittel



5. VR-BürgermeisterFrühstücksForum:

Blick in die Zukunft

Tradition hat das BürgermeisterFrühstücksForum der VR-Bank Schweinfurt eG, so viel steht fest. Bereits zum fünften Mal konnte der Vorstandsvorsitzende, Direktor Günther Liepert, wieder zahlreiche Bürgermeister des Landkreises, Kämmerer, geschäftsleitende Beamte und Kassenleiter, sowie Vertreter weiterer Institutionen begrüßen. Liepert informierte darüber, dass die VR-Bank Schweinfurt nunmehr die größte Genossenschaftsbank in Ostunterfranken mit einer Bilanzsumme von rund 720 Mio. ist. Über 65.000 Kunden werden in 40 Geschäftsstellen betreut. Auch als Arbeitgeber in der Region ist man mit 234 Mitarbeitern - davon 20 Auszubildende - von Bedeutung.

In einem sehr kurzweiligen Vortrag ging Mario Neckermann von der Unternehmensberatung KC Risk AG aus Nürnberg auf die aktuelle Lage der Finanzmärkte ein. Anschaulich und klar stellte er die komplexe Situation dar und gab einen Ausblick auf die Entwicklung in der Zukunft. Über aktuelle Finanzierungsmodelle und Fördermöglichkeiten für kommunale Aufgabenstellungen informierte Claus Herzmansky von der DZ Bank Nürnberg und stieß auf zahlreiche interessierte Zuhörer.

Unser Bild zeigt v. l. Direktor Günther Liepert, Claus Herzmansky, Mario Neckermann, Direktor Peter Oppolzer. □

GZ

Gestern
hat mein Chef gesagt ...



„Entweder ist bei den Zelebranten unserer Empörungskultur etwas in Unordnung geraten oder wir erleben gerade das Ende des Kults um die political correctness.“ Meinen Chef, den Bürgermeister, brachte es etwas durcheinander, dass Thilo Sarrazin für seine deftigen Interviewäußerungen zur Integrationsproblematik medial hingerichtet und vom Bundesbankpräsidenten qua Ressortenzug zum Paria erklärt wurde, aber der Neuköllner Bezirksbürgermeister für seine Pöbeleien gegen das geplante Betreuungsgeld allseits Lob, Anerkennung und Schulterklopfen ertet. Und das, obwohl der eine – Sarrazin – auf bestehende Probleme und Defizite aufmerksam machen wollte und der andere – der Stadtviertelschulze – „nur“ eine Planung der neuen Bundesregierung kommentierte, wenn auch mit Schaum vor dem Mund.

Argumentation statt Polemik

Zur Erinnerung: Thilo Sarrazin, ein Mitglied des Präsidiums der Bundesbank, anerkannter Volkswirt und ehemaliger sozialdemokratischer Finanzminister Berlins, erklärte in einem Interview die Ausländerintegration in Berlin für gescheitert, mokierte sich darüber, dass Migranten in der Hauptstadt außer im Obst- und Gemüsehandel nichts zur Wohlfahrtsmehrung beitrügen, ihren Kindern die Bildung verweigerten und nur daran interessiert seien, neue kleine „Kopftuchmädchen“ zu produzieren. Das Interview selbst war natürlich sehr viel länger und – wie selbst Kritiker einräumen mussten – tiefschürfender, als diese paar grenzwertigen Zusätzungen. Trotzdem wurden seine Äußerungen darauf reduziert. Keiner las mehr, was Sarrazin als langjähriger Kommunal- und Landespolitiker für tatsächliche Erfahrungen mit nicht gelingender Integration gemacht hat, keiner interessierte sich für die Analyse des Volkswirts über die wirtschaftlichen und sozialen Hypothesen der Zuwanderung von Unqualifizierten und Integrationsunwilligen – ein ganzer Strauß von für unser Land existenziellen Themen wurde unter Diskussionsverbot gestellt. Im Wirtschaftsteil einer seriösen Zeitung wurde

sogar die Bedeutung des „Gemüsetürken“ für Einzelhandelsstrukturen analysiert, um Thilo Sarrazin die Kompetenz abzusprechen.

Jetzt könnte man sagen, die Versenkung Sarrazins sei keine Niederlage des freien Worts, sondern ein Sieg für eine besonnene Diskussionskultur. Aber kaum hatte die neue Bundesregierung angekündigt, in vier Jahren denjenigen Familien finanziell unter die Arme zu greifen, die ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreuen, da packte der ebenfalls rote Kiez-Napoleon den verbalen Dampfhammer aus und gab zu wissen, dass dieses Geld in der Unterschicht nur „versoffen“ würde und die Ausländer eh die nicht deutsch sprechende Oma aus Anatolien oder der Kabylei zur Betreuung kommen ließen. Der Mann wird als mutig und unkonventionell gefeiert, als einer der ausspricht und nicht verschweigt, als jemand, der Finger in offene Wunden legt.

Welche Doppelmoral! Recht haben wahrscheinlich beide – in den Unterschichten der Ballungsräume und bei den schlecht oder gar nicht integrierten Ausländern gibt es sicherlich Tendenzen der Verantwortungslosigkeit auch gegenüber den eigenen Kindern. Aber warum wird der eine Bote der schlechten Nachricht erschlagen, der andere aber auf Händen getragen?

Es war wohl wie bei zwei Brüdern, bei denen der Ältere alles zum ersten Mal machen muss und dafür auf die Mütze kriegt. Der jüngere kann in die Fußstapfen treten. Anders gesagt: Sarrazin hat mit seinen Worten aufgerüttelt und den Weg dafür bereitet, dass man jetzt über Fehlentwicklungen in der Gesellschaft ohne Denkverbote diskutieren kann.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist zwar eingetragenes Mitglied im Verein für deutliche Aussprache. Er setzt aber mehr auf das Argument als auf Polemik. Schaun wir mal, wohin die Debatte über Integration und Unterschichten noch treibt. Vielleicht gilt ja der Satz von Max Planck auf dem heutigen Kalenderblatt auch für gesellschaftliche Debatten: „Die Wahrheit triumphiert nie, ihre Gegner sterben nur aus.“

ihre
Sabrina

Arbeitstagung der Würzburger Landkreisbürgermeister:

Regionaltheke und Erwachsenenbildung

Bei einer Arbeitstagung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Landkreis Würzburg standen unter anderem die Vorstellung der sog. Regionaltheke, die Zukunft der VHS sowie das Thema Alkoholmissbrauch auf dem Programm. Die Leitung der Sitzung oblag Landrat Eberhard Nuß.

Um die eigene Wertschöpfung zu verbessern, haben sich rund 50 fränkische Erzeuger zur „Regionaltheke“ zusammengeschlossen und einen direkten Vertriebsweg in den Einzelhandel geschaffen.

Dazu gehören Metzgereien und Molkereien, Geflügel- und Kräutertiere, Gemüsebauern, Getreide- und Ölmühlen, Imkereien und Imkervereine, Fruchtsaftkellereien, Brauereien, Winzer und Edelbrennereien, wie Gemeinderat Josef Störmann-Beltung aus Dippach erläuterte. Die Regionaltheke sei ein attraktives Instrument der Direktvermarktung für die Landwirte; dadurch erzielten sie höhere Preise und zudem würden die natürlichen Ressourcen durch kurze Wege geschont. Die Produkte werden derzeit in mehr als 150 Einzelhandelsgeschäften angeboten.

Zum zehnjährigen Jubiläum der Regionaltheke im Jahr 2007 hatte Mittelfränkens Bezirksstadtspräsident Richard Bartsch bereits darauf hingewiesen, dass die beiden Aspekte Ökologie und Ökonomie bei den Regionaltheken vorbildlich zusammenkämen. Der Bezirk Mittelfranken versuche alles zu thematisieren, „was die regionale Identität fördert, Arbeitsplätze in der Region sichert und schafft und die vielfältige

Landwirtschaft erhält und bewahrt.“ Werbung in eigener Sache machte der Vorsitzende der Volkshochschule Würzburg, Dr. Hans Steidle. Er bat die Bürgermeister um eine umfangreichere Unterstützung. Die vhs Würzburg verantworte in Stadt wie Landkreis privatrechtlich einen öffentlich-rechtlichen Auftrag. Diese Trägerschaft sei nicht zukunftsfähig. Nachdem 54 Prozent der Kunden aus dem Landkreis kämen, plädierte Steidle dafür, eine neue Struktur und Rechtsform der vhs unter Beteiligung von Stadt und Landkreis zu finden.

Ansprechpartner

Die Stadt Würzburg zahlt derzeit rund 75.000 Euro an die vhs, dieselbe Summe müsste die vhs auch von den Landkreisgemeinden bekommen, um zukunfts-fähig zu sein, hob Steidle hervor. Derzeit übernehmen 23 der 52 Landkreisgemeinden den Sachaufwand für die Außenstellen der Volkshochschule. „Es geht um die Aufrechterhaltung und Erweiterung einer systematischen und professionellen Erwachsenenbildung auch im ländlichen Raum, und dafür ist die vhs der kompetente Ansprechpartner in Bayern“, so der Vorsitzende.

Landrat Nuß sah freilich keine Möglichkeit, dass der Landkreis die gewünschte Förderung übernimmt, denn nicht alle Landkreisgemeinden profitierten gleichermaßen von der Ausgabe, die über die Kreismulge finanziert werden müsste. Ein Runder Tisch soll nun für einen ersten Schritt zur Klärung sorgen.

Stichwort Alkohol: Jedes Jahr verzeichnet das Kreisjugendamt 130 bis 150 komatöser Jugendlichen, die nach übermäßigem Alkoholkonsum in ein Krankenhaus eingeliefert werden, berichtete Kreisjugendpfleger Stephan Jung-hans. Alle 52 Landkreis-Gemeinden seien der Sicherheitspartnerschaft zwischen Jugendamt, Polizei, Vereinen und Gemeinden beigetreten.

Das Beispiel Faschingszug Ochsenfurt habe im vergangenen Jahr gezeigt, dass es auch bei 10.000 Besuchern möglich ist, keine harten Alkoholika wie beispielsweise Schnäpse von den Wagen des Faschingszugs herunter auszuteilen. Bier, Wein und Sekt seien aber weiterhin erlaubt. Alle teilnehmenden Zuggruppen hätten in Ochsenfurt unterschrieben, dass sie sich an diese Vereinbarung halten. Die Begleiter der Wagen müssen mindestens 23 Jahre alt sein und sich dazu verpflichten, die Jugendschutzgesetze zu beachten. Die Aktion „Schnaps-frei – wir sind dabei!“ werde vom Fastnacht-Verband Franken unterstützt. **DK**

Erlanger Familienatlas:

Umfangreiches Portfolio

Erlangen hat eine große Vielfalt an Angeboten und Möglichkeiten für Familien, Kinder und Jugendliche vorzuweisen. Das Erlanger Bündnis für Familien hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Angebote zu sammeln und gebündelt zu veröffentlichen, um den Erlanger Bürgerinnen und Bürgern einen umfassenden Überblick zu verschaffen. In einem ersten Schritt hat das Familienbündnis Ende 2007 den elektronischen Familienatlas erstellt. Auf der städtischen Internetseite www.erlangen.de/familienatlas bietet er einen Zugang zu praktisch allen Informationen, die in irgendeiner Weise für Familien wichtig sind.

Mit einer jetzt vorgelegten Broschüre ist es dem Erlanger Bündnis für Familien in einem zweiten Schritt gelungen, diese Vielzahl von elektronisch gespeicherten Daten, Adressen und Ansprechpartnern aufzubereiten und in Schriftform herauszugeben. Untergliedert nach Stadtteilen bietet der Erlanger Familienatlas die Möglichkeit, sich mit Hilfe farblich markierter Stadteilkarten einen schnellen Überblick über die Angebote für den jeweiligen Stadtteil – von Alt-Erlangen bis Tennenlohe – speziell und für Erlangen generell zu verschaffen.

Initiativen und Investitionen

Die Palette der dargestellten Themen umfasst dabei alle Lebensbereiche. Sie reicht von Apotheken, Krankenhäusern, Haus- und Kinderärzten über Beratungsangebote, Freizeitangebote und Jugendclubs bis hin zu Schulen, Spielplätzen und Vereinen sowie Kirchen und religiösen Gemeinschaften.

Wie Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis in einem Grußwort hervorhebt, „ist Erlangen eine kinder- und famili-

enfreundliche Stadt und hat sich vorgenommen, in diesem Bereich zur Nummer eins unter den Großstädten Bayerns zu werden“. Mit einer Vielzahl von Initiativen und Investitionen, die trotz schwieriger Haushaltslage in diesem Bereich direkt oder indirekt getätigt werden, näherte sich die Kommune ihrem erklärten Ziel Schritt für Schritt an. – Eine Situation, die nicht nur den Familien, sondern dem Wirtschaftsstandort Erlangen insgesamt zugute komme. Im vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen bundesweiten Familienatlas 2007 werde Erlangen mit elf weiteren Landkreisen und Kommunen in Deutschland als Top-Region für Familien eingestuft.

Aktive Baulandausweisung

Was in der Hugenottenstadt in den vergangenen 10 bis 15 Jahren geleistet wurde, verdeutlichen folgende Beispiele:

Wohnen: Mit einer aktiven Baulandausweisung, attraktiven Konditionen für Immobilieninteressenten sowie mit verschiedenen Vergünstigungen bzw.

Fördermaßnahmen lockt die Kommune insbesondere junge Familien. Vorzeigegebiete sind der Entwicklungsbereich Erlangen West in Büchenbach, wo in den letzten Jahren ebenso wie im Stadtosten mit dem Röthelheimpark gleichsam ein neuer Stadtteil entstand. Beide zeichnen sich durch eine hohe städtebauliche und architektonische Qualität aus. Die Belange von Kindern und Familien wurden schon in der Planungsphase gründlich mit einbezogen.

Spielflächen und Freizeitanlagen: Wie wichtig der Stadt Erlangen gerade die Interessen der Jüngsten und Jüngeren unter den etwa 103.000 Erlanger Bürger sind, belegt die Existenz von zur Zeit mehr als 120 öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen, Freizeit- und Trendsportanlagen. Es gibt sogar ein eigenes Spielplatzbüro im Kultur- und Freizeitamts, das sich in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Stadtgrün um die Gestaltung und Ausstattung dieser Einrichtungen kümmert.

Interessen im Auge behalten

Bei größeren Sanierungen und bei der Neukonzeption von Spielflächen legt man im Rathaus großen Wert auf die Berücksichtigung von Wünschen und Anregungen der (künftigen) Nutzer, wobei die Interessen von Anwohnern mit im Auge behalten werden. Bei Interesse besteht oftmals auch die Möglichkeit, im Rahmen von Planungsgruppen an der Weiterentwicklung der Ideen bis hin zur Umsetzung mitzuwirken.

Schulen: Sie gehören zu den wichtigsten Einrichtungen einer Stadt. Mit Ihrer Palette von 33 öffentlichen Schulen (davon 3 städtische) mit aktuell rund 17.000 Schülerinnen und Schülern wird die Kommune ihrem Anspruch, nicht nur Universitäts- und Medizinstadt und be-

deutender High-Standort, sondern auch eine Schulstadt ersten Ranges zu sein, voll gerecht. Dass die Stadtoberen sich erfolgreich für die Ansiedlung der Franconian International School eingesetzt haben, beweist den starken Willen der Stadt, sich auch auf diesem Feld für jeden Vergleich zu rüsten. „Lebensbegleitende Bildung“ ist deshalb das kommunale Schwerpunktthema Erlangens für die laufende Kommunalwahlperiode und darüber hinaus.

Kindertagesstätten: Familien werden in Erlangen bei der Suche nach Betreuungsmöglichkeiten unterstützt. In einer „Platzbörse“ haben Mütter und Väter die Möglichkeit, sich über die Belegung der in Frage kommenden städtischen Einrichtungen zu informieren. Ein Großteil der Informationen kann dabei bequem von zu Hause aus via Internet abgerufen werden.

Hohe Versorgungsquote

Dank der Vielzahl eigener Kinderbetreuungsstätten und einer finanziellen Förderung von Einrichtungen freier Träger gibt es in Erlangen eine überdurchschnittlich hohe Versorgungsquote – im Kindergartenbereich liegt sie sogar bei 100 %. Bei den Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder, sprich Krippenplätzen und Tagesmutterangeboten, kann die Stadt ebenfalls einen überdurchschnittlichen Versorgungsgrad von etwa 18 % vorweisen. Zunehmend wichtiger wird hierbei das Engagement von Arbeitgebern, die den Nutzen für alle Beteiligten erkannt haben, wenn Eltern ihre Kinder während der Arbeitszeit gut behütet wissen.

Seit dem Sommer 2005 gibt es in Erlangen auch den Posten eines ehrenamtlichen Kinderbeauftragten. Derzeit setzen sich ein Mann und eine Frau für die Jüngsten unter den Erlangerinnen und Erlangern ein, spüren deren spezifische Interessen auf und bringen sie in die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse ein. **DK**



Von links: Manfred Wetzel, Direktor der Bezirksverwaltung, die Qualitätsmanagementbeauftragte Susanne Vater, Bezirkspräsident Erwin Dotzel, Dr. Herfried Kohl (LGA Inter-Cert GmbH), Rainer Klingert (Bezirkskämmerer) und Jochen Lange (Leiter der Sozialverwaltung). Foto/Text: wkn

Verwaltungsmodernisierung kein Schlagwort mehr

Bezirk Unterfranken als erste große Behörde TÜV-geprüft

Würzburg. Als erste große Behörde in Bayern hat die Haupt- und Sozialverwaltung des Bezirks Unterfranken jetzt die Zertifizierungsurkunde zu einem Qualitätsmanagement erhalten. Damit wird der Behörde von der LGA Inter-Cert GmbH, einem Unternehmen der TÜV-Rheinland-Unternehmensgruppe, Kostenbewusstsein, Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Bürgerfreundlichkeit nach DIN und ISO bescheinigt.

„Wir haben uns kontinuierlich verbessert“, lobte anlässlich der Übergabe der Zertifizierungsurkunde der Bezirkspräsident Erwin Dotzel seine 3.000 Mitarbeiter. Bereits im Jahr 2002 sei die Einführung eines Qualitätsmanagements beschlossen worden. Jetzt sei dieser erste, große Schritt zum modernen und bürgernahen Dienstleister geschafft. Damit seien nun, bis auf die Bezirksklinik in Münnerstadt, wo das Verfahren noch laufe, alle Einrichtungen des Bezirks Unterfranken zertifiziert.

Pionierleistung

Diese Pionierleistung sei kein Selbstzweck. Vielmehr habe die Zertifizierung bewiesen, dass Verwaltungsmodernisierung kein Schlagwort mehr sei. Ziel

sei es jedoch weiterhin, kostenbewusst, wirtschaftlicher, effektiver und bürgerfreundlicher zu werden. Dazu seien in den kommenden Jahren weitere Schritte des Qualitätsmanagements geplant. Dabei gelte es, auszuloten, an welchen Stellen nach innen und außen Veränderungen vorgenommen werden müssen, damit das bürgernahe Dienstleistungsunternehmen optimal zur Zufriedenheit aller Beschäftigten und Kunden laufe.

Neuland in Bayern

„Es wird nur funktionieren, wenn wir es leben“, ist sich der Bezirkspräsident sicher, der seinen Stolz darüber nicht verbergen konnte, dass die Behörde damit in Bayern Neuland betritt und als Vorreiter für andere Behörden im Freistaat gelten darf. **□**

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Knödler
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (08171) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene

kerler

Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktiv · Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 13 · 91522 Ansbach
Tel.: (09138) 3960 · Fax (09138) 396099
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hako Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktiv · Vertrieb GmbH & Co.
Industriest. 13 · 91522 Ansbach
Tel.: (09138) 3960 · Fax (09138) 396099
E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriest. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

